

ROSALUX

JOURNAL DER ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

AUSGABE 2-2011



THEMA NACH DER ATOMKATASTROPHE VON FUKUSHIMA

Globale Kernfrage

MIT BEITRÄGEN VON ULRICH SCHACHTSCHNEIDER, MICHÈLE RIVASI,
BERND BROUNS, KRISTINA DIETZ, MARKUS MOHR UND ANDEREN

RÜCKBLICK WACHSTUMSKONGRESS ZIEHT 2.500 GÄSTE AN

ANALYSE DER KRIEG DES WESTENS GEGEN LIBYEN

INTERNATIONALES WISCONSIN - EIN HAUCH VON REVOLUTION

STIFTUNG MAX-LINGNER-HAUS IN BERLIN WIEDERERÖFFNET



Anti-Atom-Aktivist bei Protesten in Frankreich

EDITORIAL 3

RÜCKBLICK

Rund 2.500 TeilnehmerInnen bei Post-Wachstums-Kongress	4
Initiative für eine Dorfbewegung in Deutschland gestartet	5
Stiftung präsentierte sich auf dem «Fest der Linken»	6
Kolloquium zum Reformdiskurs im DDR-Städtebau	7
Diskussion über Mediengesetzgebung in Europa	7

AUSBLICK

«Alternativen»-Projekt für eine solidarische Gesellschaft	8
---	---

ANALYSE

Der libysche Krieg des Westens	9
Podiumsdiskussionen zu den Umwälzungen in Nordafrika	10
Wie Nazis gegen ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit agitieren	11

THEMA «GLOBALE KERNFRAGE»

Ulrich Schachtschneider über die weltweite Energiekrise	12
Bernd Brouns zum Sofortausstieg aus der Atomkraft	14
Kristina Dietz über emanzipatorischen Anti-Atom-Protest	15
«Widerstand nimmt zu» – Michèle Rivasi im Interview	16
Chronik von Atomunfällen seit dem Jahr 1957	17–20
Nadja Charaby zu den Atomplänen in Vietnam	18
Jochen Weichold zum Thema Ökologie in der LINKEN	19
Wilfried Telkämper über eine sozial verträgliche Energiewende	19
Markus Mohr zur Rolle der Gewerkschaften	20

STUDIENWERK

Info-Veranstaltung zu Berufschancen von Promovierenden	22
«Viel gelernt» – Ex-Stipendiatin Deumelandt im Interview	23

INTERNATIONALES

Wisconsin – ein Hauch von Revolution/Left Forum in New York	24
Symposium in Tel Aviv zum Eichmann-Prozess vor 50 Jahren	26
Konferenz in Accra untersucht Wirtschaftsstrukturen Afrikas	26
Kubanerinnen auf Lesereise in der Bundesrepublik	27

STIFTUNG

Max-Lingner-Haus in Berlin nach Sanierung wiedereröffnet	28
Stiftung erwirbt expressionistische Aquarelle	29

LESENSWERT

Neuerscheinungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung	30
--	----



Heinz Vietze

Florian Weis

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

gelegentlich benötigen politische Entscheidungen unangemessen viel Zeit. Blockaden sind entstanden, bestimmte politische und ökonomische Machtinteressen stehen einer längst notwendigen Veränderung im Wege. In seltenen Situationen beschleunigen sich Diskussionsprozesse dagegen unerwartet mit raschen und weitreichenden Folgen. Solche Momente erleben wir gerade: In der arabischen Welt in Form eines mal mehr, mal weniger erfolgreichen Aufbegehrens gegen durchweg autoritäre Herrschaftsformen, in Deutschland in der im Schnelldurchlauf beschlossenen «Rolle rückwärts» in der Atompolitik der schwarz-gelben Koalition.

Der Ausstieg aus der Atomkraft in Deutschland ist erfreulich, auch wenn er auf mehr als zehn Jahre gestreckt wird. Die Diskussion ist damit freilich nicht beendet, der politische Richtungsstreit in vollem Gange. Eine Energiewende ist sicher. Aber wie konsequent sie sein wird, wer von ihr profitiert und wer ihre Lasten zu tragen hat, ob sie zentralistisch oder dezentral organisiert wird und mit grundlegenden Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur einhergeht, ist offen. Ebenso ungeklärt sind Fragen wie: Schließt die Energiewende eine Demokratisierung ein? Wie viel Großtechnologie ist nötig oder vermeidbar. Und: Was bedeutet ein Umbau für ökonomisch schwächere Länder, welche Auswirkungen hat etwa ein gigantisches Vorhaben wie das Solarstromprojekt «Desertec»?

Die Frage nach der Ausgestaltung der Energiewende geht mit Diskussionen um Entwicklungsmodelle und eine Verknüpfung ökonomischer und ökologischer Fragen mit Fragen von Demokratie und Lebensweisen einher. Das knüpft an die Anti-Atom-Bewegung in den 1970er-Jahren in der Bundesrepublik an, in der unter dem Begriff des «Atomstaates» die Atomkraft nicht nur als Industrie- und Energiethema, sondern auch als eine umfassendere Frage von Demokratie, Repression und staatlicher wie ökonomischer Machtverfasstheit wahrgenommen wurde. Genug Stoff also für wissen-

schaftliche Analyse und politische Bildung, der im Schwerpunkt dieser Ausgabe der RosaLux aufgegriffen wird (Seite 12 bis 21). Aber nicht nur dort: Auch der Bericht über den Kongress «Jenseits des Wachstums?!», den das Netzwerk Attac gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie Heinrich-Böll-, Friedrich-Ebert- und Otto-Brenner-Stiftung sowie weiteren Trägern im Mai in Berlin mit großer Resonanz ausrichtete, reflektiert den Stand der Debatte (Seite 4).

Weitreichende Veränderungen vollziehen sich gegenwärtig in der arabischen Welt. Die erste Euphorie über den Sturz der autoritären Regime in Ägypten und Tunesien scheint zwar verflogen zu sein und es ist offen, wie stabil die neu errungenen Freiheiten sind und welche politisch-gesellschaftlichen Richtungen sich durchsetzen werden. Aber in diesen Ländern gibt es Hoffnungen und eine Vielzahl ermutigender Akteurinnen und Akteure. In Syrien, im Jemen und in Libyen dagegen ist die Gewalt zwischen Staatsmacht und Protestierenden eskaliert, der Ausgang des Machtkampfes offen. Ein Teil der NATO führt zu dem Krieg in Libyen (Seite 9 bis 11).

Vor dem Hintergrund der Umwälzungen in der arabischen Welt wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Aktivitäten vor Ort deutlich ausweiten, die sich bislang vor allem auf Palästina konzentrierten. Wir werden den Aufbau eines Regionalbüros in Kairo rasch vorantreiben und gleichzeitig die bewährte Arbeit der Büros in Israel und Palästina weiterführen. Dabei geht es nicht um «Demokratieexport» – vielmehr wollen wir mit Gewerkschaften, linken Parteien, Frauenorganisationen, Bewegungen und Zivilgesellschaft in einen gleichberechtigten Dialog treten. Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine aufschlussreiche Lektüre und viele Erkenntnisse.

HEINZ VIETZE IST VORSTANDSVORSITZENDER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG. FLORIAN WEIS IST GESCHÄFTSFÜHRENDES VORSTANDSMITGLIED DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

THEMEN IM NETZ Die Debatte um ein Ende der Atomkraft und der «Arabische Frühling» sind von der Rosa-Luxemburg-Stiftung auch online aufgegriffen worden. Auf unseren Internetseiten ist dazu jeweils ein Themenspezial erschienen, abrufbar unter www.rosalux.de/news/37419/fukushima-sinnbild-der-atomaren-bedrohung.html und www.rosalux.de/news/37305/revolution-in-nordafrika.html. Eine Neuerung im World Wide Web betrifft die RosaLux selbst: Mit Erscheinen dieser Ausgabe bekommt sie eine eigene Internetseite. Auf www.journal.rosalux.de findet sich ein kompakter Überblick über alle Hefte seit März 2007. Von der Startseite gibt es Verweise auf die jeweiligen Inhalte. Jede Ausgabe kann zudem kostenlos als pdf-Dokument heruntergeladen werden.



Der ecuadorianische Wirtschaftswissenschaftler Alberto Acosta sprach auf dem Kongress «Jenseits des Wachstums» im Mai 2011 in Berlin

MARIO CANDEIAS

VOM GUTEN LEBEN

KONGRESS ZUR WACHSTUMSFRAGE IN BERLIN ZOG 2.500 BESUCHERINNEN AN

Rund 2.500 BesucherInnen strömten Mitte Mai zum Kongress «Jenseits des Wachstums?!» an die Technische Universität in Berlin. Sie waren sich einig: Die ökologischen wie ökonomischen Grenzen des gegenwärtigen «Wachstumsmodells» sind erreicht.

Wir können nicht so weitermachen wie bisher, wollen wir unseren Planeten auch in Zukunft bewohnen, so die einhellige Meinung. Doch schon bei der Frage «Was wächst da eigentlich?» wurden Differenzen deutlich. Geht es um Wachstum durch Kapitalverwertung, also Akkumulation auf erweiterter Stufenleiter, die in jeder Epoche mehr Energie und Ressourcen verbraucht? Oder um das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP), in das auch die Reparatur sozialer oder ökologischer Schäden mit einfließt? Die Milliarden zur Bekämpfung der Ölkatastrophe im Golf von Mexiko steigerten das BIP der USA beträchtlich, aber auch die Ausgaben für diesen Kongress steigerten das bundesdeutsche BIP. Nicht gezählt wird hingegen die unbezahlte, meist häusliche Produktions- und Reproduktionsarbeit, obwohl unerlässliche gesellschaftliche Stütze. In einer bedürfnisorientierten Ökonomie hätte der Einsatz menschlicher und natürlicher Ressourcen – anders als im Kapitalismus – nicht unbedingt etwas mit Wert, Geld, Verwertung, Löhnen zu tun. Ökologisch relevant ist eigentlich nur das stoffliche und energetische Wachstum.

Organisiert wurde der Kongress vom Netzwerk Attac gemeinsam mit den parteinahen politischen Stiftungen der LINKEN, von SPD und Grünen sowie der Wissenschaftsstiftung der Industriegewerkschaft Metall, der Otto-Brenner-Stiftung. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung beteiligte sich mit 30 Personen an der Organisation, stellte gut

25 ReferentInnen, 42 Programmbeiträge und einen großen Anteil der Finanzierung bereit.

Deutlich wurde, wie zahlreich die Kämpfe gegen die herrschenden Wachstumsprojekte sind – gegen Atomenergie oder die Verpressung von Kohlendioxid im Boden (CCS), gegen krude Formen der Ölförderung in Nigeria oder für eine ecuadorianische Initiative, das Öl im Boden zu lassen. Zu diesem Aspekt wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Zukunft einen Schwerpunkt setzen. Der Wirtschaftswissenschaftler und frühere ecuadorianische Energieminister Alberto Acosta sprach über lateinamerikanische Erfahrungen. Sie hätten eine scharfe und produktive Debatte der Kritik am «Neodesarrollismo», dem wiederaufgelegten Entwicklungsparadigma, und am «Extractivismo», der Konzentration auf Rohstoffausbeutung, angestoßen. Die Diskussion verbinde Wachstumskritik mit der Kritik an «westlichen» Vorstellungen von Fortschritt und linearer Entwicklung im Sinne von Modernisierung. Sie speise sich insbesondere aus indigenen Philosophien, aber auch aus anderen Quellen – etwa sozialen Auseinandersetzungen um das Prinzip des «Guten Lebens» (Buen Vivir). Sie hätten Eingang gefunden in die Politiken und Verfassungen linker Regierungen in Lateinamerika, die versuchten, vor dem Hintergrund der diagnostizierten «Zivilisationskrise» eine Transformationsperspektive zu eröffnen.

Die Diskussion um Buen Vivir lenkte den Blick auf die Frage, wie wir leben wollen. Drängend ist eine Reorientierung von Produktions- und Lebensweise. Freilich gilt es noch viel Übersetzungsarbeit für den Kontext der Industrieländer zu leisten. Zu oft wird die Perspektive auf einen schlichten Verzichtsdiskurs reduziert. Die primär ver-

folgten Strategien setzen auf ein «Wachsen» alternativer Ansätze aus der Nische heraus. Einigkeit bestand über eine weitergehende sozial-ökologische Transformation – über die Schritte dorthin gab es indes erhebliche Differenzen. Schnell geriet etwa der Verständigungsprozess zwischen primär ökologisch ausgerichteten Bewegungen und Gewerkschaften ins Stocken. Dringend bedarf es der Entwicklung gerechter Übergänge – «Just Transition» –, die auch für die von der Klimakrise am stärksten Betroffenen wie für die vom Umbau bedrohten Beschäftigten, Gemeinden und Länder eine Perspektive bietet. Versuchsweise formulierte Nicola Bullard Kriterien für einen solchen gerechten Übergang: Alle Maßnahmen müssten daran gemessen werden, ob sie relevant zur Senkung von Kohlendioxid-Emissionen, zur Reduzierung von Armut und Vulnerabilität (Verletzlichkeit) sowie zur Reduzierung von Einkommens- und anderer Ungleichheiten beitragen. Beschäftigung und «Gute Arbeit» wären noch hinzuzufügen. Für eine erste, interventionsfähige Methode zur quantitativen Beurteilung wären dies wesentliche Punkte. Der Kongress hat eine Tür geöffnet, um in der Mosaiklinien zwischen Parteien, ökologischen und sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und engagierten WissenschaftlerInnen Strategien zu diskutieren, die die Fragmentierung überwinden helfen, um handlungsfähig zu werden. Dies sorgte für große Aufmerksamkeit der Medien. Die Berichtserstattung reichte von Tagesschau und FAZ bis zu alternativen Medienprojekten. Doch die Wachstumsdebatte kommt etwa alle zehn

Jahre wieder, ohne dass sich bislang Wesentliches verändert hätte. Damit sie dieses Mal nicht verpufft, gilt es konkrete Alternativen politisch in Gang zu setzen.

Die Stiftungen werden bis 2013 den Prozess der Bundestags-Enquête-Kommission «Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität» begleiten. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung will gemeinsam mit der LINKEN, mit Gewerkschaften und Bewegungen konkrete Einstiegsprojekte einer sozial-ökologischen Transformation entwickeln, etwa für Energiedemokratie, Konversion der Automobilindustrie, solidarische postfossile Mobilität, Wirtschaftsdemokratie und regionale Räte – für eine Reorientierung auf eine Reproduktionsökonomie, in der Bedürfnisse und Ökonomie sich qualitativ entwickeln, ohne quantitativ stofflich wachsen zu müssen.

MARIO CANDEIAS IST REFERENT FÜR KAPITALISMUSKRITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

KONGRESSDOKUMENTATIONEN finden sich online unter www.rosalux.de/event/43404 sowie in dem Webblog von Attac <http://blog.jenseits-des-wachstums.de/>. Ein Interview mit Alberto Acosta ist abrufbar unter www.rosalux.de/news/37594. Auch Heft 1/2011 der Zeitschrift LuXemburg befasst sich mit der Wachstumsfrage. Mehr dazu unter www.luxemburg-zeitschrift.de.

AXEL KRUMREY

LÄNDLICHE EMANZIPATION

AUF KONFERENZ GRÜNDET SICH INITIATIVGRUPPE FÜR EINE DORFBEWEGUNG

Große Ereignisse werfen im Voraus ihre Schatten. Sinnbildlich dafür war die Internationale Dorfkonferenz, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit der Vereinigung der Dorfbewegungen in Europa (Erca) Mitte Mai in Berlin organisierte.

Zwei Jahre hatte die Planung dafür in Anspruch genommen, maßgeblich gelenkt vom Agrarsoziologen und Koordinator des Stiftungs-Gesprächskreises «Ländlicher Raum», Kurt Krumbach. Das vorrangige Ziel: Ein Erfahrungsaustausch der praktischen Dorfentwicklung mit aktuellen Beispielen aus ganz Europa sollte befördert werden. Da es bislang noch keine Dorfbewegung in Deutschland gibt, erhofften sich die VeranstalterInnen einen Impuls, diese Leerstelle zu füllen. Bereits die Anzahl der Voranmeldungen zur Konferenz ließ auf ein großes Interesse schließen. Letztlich folgten mehr als 200 TeilnehmerInnen der Einladung in die Hauptstadt. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Konferenz waren dabei vielschichtig. Vanessa Halhead, Geschäftsführerin der Vereinigung der Dorfbewegungen in Europa, hob in ihrem Beitrag hervor, dass ländliche Gemeinschaften mobilisiert und lokale Lern- und Entwicklungsaktivitäten unterstützt werden müssten. In gewisser Weise sollten Dorfbewegungen somit die Funktion einer politischen Lobby für die ländlichen Regionen gegenüber staatlicher Politik übernehmen. Bert Broekhuis, Dorfkaktivier aus den Niederlanden, verdeutlichte, dass sich die Ausgangsbedingungen für die Organisierung des dörflichen Zusammenlebens in seiner Heimat verändert hätten. Wo früher ein landesweites Netzwerk von staatlich subventionierten professionellen Organisationen aktiv war, seien heute einige kom-

merziell orientierte Einrichtungen für die Gemeinschaftsentwicklung auf dem Lande tätig, unterstützt durch öffentliche und private Mittel. Aus Finnland berichtete Eero Uusitalo. Dort wurde ein staatliches Komitee für ländliche Politik gebildet und im Herbst 2010 eine Kampagne für «Stärkere Dörfer» ins Leben gerufen. Dabei wird ein breites Spektrum an AkteurInnen einbezogen, um das Verhältnis zwischen Gemeinden und ihren Dörfern auf der Grundlage von ständiger Interaktion zu verbessern.

In sechs Arbeitsgruppen und in einem «World Café» wurden Erfahrungen der praktischen Dorfentwicklung und ökologische Ansätze der Dorferneuerung ausgetauscht. Die TeilnehmerInnen diskutierten auch über Möglichkeiten der Einflussnahme von DorfbewohnerInnen auf die Perspektiven ihres Lebensumfelds. Kurt Krumbach formulierte dazu, dass es von der Ausgestaltung jener neuen Möglichkeiten der Selbstorganisation des Dorfes in produktivem Wechselverhältnis mit anderen Dörfern und insbesondere mit der Gemeinde abhängen werde, wie weit die jeweilige Dorfgemeinschaft «Subjekt» der Entwicklung ihres Dorfes wird oder bleibt. Am Ende der Veranstaltung stand dann der erhoffte Anfang. So gründete sich eine Initiativgruppe aus DorfkaktivierInnen, Dorf- und RegionalplanerInnen, WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen mit dem Ziel, auch in Deutschland eine Dorfbewegung zu etablieren. Im Abschlusspodium wurde deutlich: Rückenwind soll es dafür parteiübergreifend geben.

AXEL KRUMREY IST ASSISTENT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Publizist Rolf Gössner (M.) im Gespräch mit Moderatorin Doris Akrap während der Podiumsdiskussion «Linke im Visier»

AXEL KRUMREY

WIKILEAKS UND EXTREMISMUS

FEST DER LINKEN LOCKT GUT 10.000 BESUCHERINNEN IN DIE BERLINER KULTURBRAUEREI

Nachdem im Jahr 2010 mit Angela Davis absolute Prominenz für das Fest der Linken gewonnen werden konnte, stand die diesjährige Veranstaltung unter einem gewissen Erwartungsdruck.

Ein ähnliches Kaliber wie die Bürgerrechtlerin aus den USA stand am letzten Maiwochenende in der Berliner Kulturbrauerei allerdings nicht zur Verfügung. Auch politisch betrachtet bewegte sich das Großereignis unter keinem sonderlich guten Stern. Seit Monaten dauerte die mediale Auseinandersetzung um die Partei DIE LINKE an, die noch vor einem Jahr als Motor einer linken Bewegung galt. Im Spagat zwischen großer Erwartung und negativer Publicity hatten die OrganisatorInnen ein Event umzusetzen, das über die Hauptstadt hinaus Ausstrahlung entwickeln und gleichzeitig ein wenig Abwechslung im politischen Alltag schaffen sollte.

Auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung stellte sich dieser Herausforderung. Gemeinsam mit der Tageszeitung Neues Deutschland (ND), mit der Linksfraktion im Bundestag und der LINKEN entwarf sie ein vielseitiges Gesamtprogramm mit mehr als 80 Einzelveranstaltungen. Auf das Fest stimmte am Freitagabend eine bunte Party mit lateinamerikanischer Musik und Mojito ein. Dem Veranstaltungsort entsprechend hatten kulturelle Beiträge erneut Konjunktur. Die Stiftung hatte sich frühzeitig auf eigene thematische Schwerpunkte festgelegt und brachte sich mit vier Panels und weiteren kleineren Beiträgen in das Fest ein. Unter dem Titel «Ultimative Transparenz – Wikileaks auf dem Prüfstand» setzte sie am Samstagabend in Kooperation mit der Bundestagsfraktion ein erstes Ausrufezeichen. Im Palais der Kulturbrauerei war der politische Aktivist und

Wikileaks-Mitbegründer Daniel Mathews aus den USA zu Gast. Mit ihm diskutierten unter anderem Constanze Kurz vom Chaos Computer Club und die linke Bundestagsabgeordnete Halina Wawzyaniak über politische Rahmenbedingungen für Informationsfreiheit und Grenzen journalistischer Betätigung. Gleich zwei Veranstaltungen auf einer der beiden Freilichtbühnen organisierte die Stiftung zum Thema Extremismus. Zunächst berichteten Bodo Ramelow, Rolf Gössner und Udo Wolf von der jahrzehntelangen staatlichen Überwachung linker Persönlichkeiten und Strukturen. Wenig später diskutierten unter anderen die Landtagsabgeordneten Mathias Brodtkorb (SPD) und Kerstin Köditz (LINKE) über die so genannte «Extremismusklausel». Für Kontroversen sorgte dabei insbesondere, dass Brodtkorb die zu Grunde liegende Extremismustheorie unterstützte. Die vierte groß angelegte Veranstaltung der Stiftung thematisierte unter dem Titel «Entedelt eure Stadt» Möglichkeiten alternativer Metropolenpolitik. Vor allem die Bauvorhaben der Anschutz Group, die von deren Europa-Chef Michael Kötter erläutert wurden, boten Zündstoff.

Mit einer szenischen Lesung zu Rosa Luxemburg, politischem Kabarett und einer Buchlesung rundete die Stiftung ihren Gesamtbeitrag zum Fest der Linken ab. Martina Rellin, die selbst eine Schreibwerkstatt durchführte, fasste ihre Eindrücke gegenüber dem ND so zusammen: «Große Klasse das ganze Fest, sehr bodenständig, unangenehm, sympathisch, ein großer Unterschied zu glatten Marketingaktivitäten großer Medien. Ihr macht alles richtig.»

AXEL KRUMREY IST ASSISTENT DER GESCHÄFTSFÜHRUNG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

MICHAEL ECKHARDT

ÜBERSCHÜSSIGE IDEEN

WEIMARER KOLLOQUIUM ZUM REFORMDISKURS IN DER STÄDTEBAUDEBATTE DER DDR

Das Hermann-Henselmann-Kolloquium befasste sich im April in Weimar mit dem Thema «Stadt(planungs)geschichte als Gesellschaftsgeschichte. Der verborgene Reformdiskurs in der Städtebaudebatte der DDR».

Moderiert wurde die gut besuchte Veranstaltung von Thomas Flierl (Hermann-Henselmann-Stiftung), Max Welch-Guerra (Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar) und Christoph Bernhardt (Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung/Erkner). Tenor: Stadtarchitekten und Bauakademie diskutierten die Reform des DDR-Städtebaus ab Mitte der 1980er-Jahre immer stärker öffentlich. Zugleich erteilten sie der homogenen «Wohnraumproduktion» unter dem Motto «Quantität vor Qualität» eine klare Absage. Mit der Einführung sozialwissenschaftlicher Methoden in die Ausbildung von Städteplanern und dem kommunalen Pflichtpraktikum an der Weimarer Hochschule wurden Instrumente zur kritischen Analyse der Lebens- und Wohnverhältnisse geschaffen.

Die Weimarer Ideen schlugen sich auch in der «Städtebauprogno» von 1988 nieder. Der Verfall der Altbausubstanz, das Versagen der staatlichen Strukturen bei der Stadterneuerung und die Perspektive weiterer entindividualisierter Wohnverhältnisse schufen ideale Bedingungen für das Entstehen der Bürgerbewegungen.

Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede konstatierte das Schlussreferat «Planungskultur und deutsch-deutscher Einigungsprozess». Gemeinsam waren den deutschen Staaten beim Städtebau eine tradierte Verwaltungskultur, unveränderte Leitbilder wie Denkmalschutz oder aufgelockerte Stadtlandschaft, ein weitgehend gleicher Stand der Technik und ähnliche sozialpolitische und -räumliche Leitbilder. Im Jahr 1990 vereinigten sich zwei hochprofessionalisierte Systeme zum Erhalt der «Sozialen Stadt», die durch eine niedrige Zersiedelungsstruktur, ein reiches städtebauliches Erbe und ein hohes Niveau an Wohnraumversorgung gekennzeichnet war. Das gegenseitige Zukunftsversprechen sei durch den Gesellschaftsumbau seither aber uneingelöst geblieben. Die Denkanstrengungen der KolloquiumsteilnehmerInnen seien das beste Mittel gegen den historiographischen Dualismus von politischer Herrschaft versus Alltag, resümierte Flierl. Das Scheitern des Reformdiskurses in der DDR-Städtebaudebatte habe immerhin einen Ideenüberschuss produziert. Reformen seien angedacht worden, die auf eine auch heute wünschenswerte Balance von Repräsentativdemokratie, lobbyunabhängigem Expertenwissen und direktdemokratischen Elementen abzielte.

MICHAEL ECKHARDT IST WISSENSCHAFTSPUBLIZIST UND WAR PRESSESPRECHER DER BAUHAUS-UNIVERSITÄT WEIMAR

RAMONA HERING

UNGARN IST KEIN EINZELFALL

PODIUM DISKUTIERT ÜBER EINSCHRÄNKUNG DER PRESSEFREIHEIT IN EUROPA

Anfang 2011 trat das heftig kritisierte ungarische Mediengesetz in Kraft. Was die Beschränkung der Pressefreiheit betrifft, ist Ungarn jedoch kein Einzelfall, wie eine Veranstaltung der Reihe «Handlungsfeld Europa» Mitte März in Berlin zeigte.

Die Podiumsdiskussion stand unter dem Titel «Demokratie ohne die Medien? Medienkontrolle in Europa». Sie zeigte am Beispiel Ungarns, wie sich die EU und vor allem das Europäische Parlament (EP) als Hüterin der Bürgerrechte starkmachen kann. Der Chefredakteur der ungarischen Tageszeitung «Népszabadság», Károly Vörös, machte deutlich, dass sich Ungarn auf dem Weg in eine «Demokratie» befinde. Er war sich einig mit dem Chef der Linksfraktion GUE/NGL im EP, Lothar Bisky, dass auch eine weitere Überarbeitung das Gesetz nicht akzeptabel machen könne. Gemma Pörzgen von «Reporter ohne Grenzen» machte deutlich, dass das EP seine Kontrollfunktion wirksam wahrgenommen habe. Die Forderung nach einer EU-Richtlinie zu Medienfreiheit, Medienpluralismus und unabhängiger Medienverwaltung noch in diesem Jahr sei richtig. Unklar sei aber, ob die Richtlinie auch Handlungsoptionen für Fälle von Medienbeschränkung oder -kontrolle wie in Italien, Bulgarien und Frankreich biete. Wichtig sei, auf die Vielfalt der Medienformen insbesondere im Internet angemessen zu reagieren. Das ungarische Mediengesetz überschattete die EU-Ratspräsidentschaft des

Landes. Neu ist die ungarische Medienkontrollbehörde. Sie ist kein unabhängiges Gremium und mit Funktionären der Regierung besetzt. Das Gesetz gehört zu einer Reihe von Maßnahmen, die die demokratischen Grundrechte erheblich einschränken.

Das EP ebenso wie der Europäische Rat und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) stellten einmütig fest, dass das Mediengesetz, auch nach den von der ungarischen Regierung im Februar vorgelegten Änderungen, weiter eine Gefahr für die Pressefreiheit in Ungarn darstelle. In einer Entschließung im März forderten die EU-ParlamentarierInnen mit einer klaren Mehrheit eine weitere Überprüfung des Gesetzes. Inzwischen hat das ungarische Parlament eine neue Verfassung verabschiedet, die Bürgerrechte weiter erheblich einschränkt und Fortschritte für ArbeitnehmerInnen und ethnische Minderheiten aufhebt. Sie soll Anfang 2012 in Kraft treten. Der Regierungschef weitete zudem seine Machtbefugnisse dramatisch aus, die Befugnisse des Verfassungsgerichts wurden drastisch beschnitten. Sowohl die UN als auch Vertreter von EU-Staaten sprachen sich gegen die neue Verfassung aus. Das EP wird sich, nicht nur im Fall Ungarn, mit dem Aufbau autoritärer Strukturen in Europa weiter auseinandersetzen müssen.

RAMONA HERING IST REFERENTIN FÜR EUROPÄISCHE POLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«RADIKALE VERÄNDERUNGEN»

LUTZ BRANGSCH ZUM STIFTUNGSPROJEKT FÜR EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT

Unter dem Titel «Lasst uns über Alternativen reden – solidarisch und gerecht» sollen neue, zugleich radikale und realistische Antworten auf Grundprobleme der gegenwärtigen Gesellschaft diskutiert und verbreitet werden. RosaLux sprach mit Projektkoordinator Lutz Brangsch, Referent für Demokratie und Staat in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Welche Themen stehen im Vordergrund?

Brangsch: Wir wollen solche Bereiche auswählen, in denen schon versucht wird, Alternativen im eigenen Handeln lebendig zu machen. Wir denken da an Rekommunalisierungsprojekte, Initiativen für einen entgeltfreien öffentlichen Nahverkehr, Bürgerhaushalte, Genossenschaftsprojekte, energieautarke Gemeinden und andere Vorhaben solidarischer Ökonomie. Es geht auch um Erfahrungen, die durch Partnerorganisationen der Stiftung in anderen Teilen der Welt gesammelt wurden.

Wo setzt das Projekt an?

Brangsch: Dort, wo Menschen schon versuchen, anders zu handeln, anders zu leben. Wir werden uns umsehen, wo darüber nicht nur gesprochen wird, sondern wo etwas passiert. Dazu gehört auch die Aufarbeitung der verschiedenen Diskussionen, die zu Alternativen in den linken Bewegungen geführt wurden und werden.

Wie geht ihr vor?

Brangsch: Wir wollen derartige Praxen nach einem gemeinsamen Fragenraster untersuchen. Damit sollen die erreichten Veränderungen erfasst und Faktoren gefunden werden, die die Entwicklung dieser Praxen befördern oder auch behindern. Wir hoffen zu Aussagen zu kommen, die helfen, Ansatzpunkte für konkrete politische Vorhaben in der außerparlamentarischen wie auch der parlamentarischen Arbeit zu finden. Zu den untersuchten Erfahrungen sollen Workshops stattfinden, um den Austausch zwischen den Initiativen zu befördern und gleichzeitig AktivistInnen, ParlamentarierInnen, KollegInnen aus der Verwaltung, FunktionärInnen von Parteien und Gewerkschaften sowie WissenschaftlerInnen stärker miteinander ins Gespräch zu bringen. Erfahrungen und Schlussfolgerungen werden über eine eigene Website und in Publikationen allgemein zugänglich gemacht. Mit einer internationalen Konferenz «Lasst uns über Alternativen reden ...» soll das Projekt im Herbst 2012 abgeschlossen werden.

Um welche Alternativen soll es gehen?

Brangsch: Unser Anliegen ist zu ergründen, unter welchen Bedingungen sich das Radikale und das Realistische miteinander verbinden. Nehmen wir ein in den linken Bewegungen umstrittenes



Lutz Brangsch

Beispiel, den Bürgerhaushalt. Das ist ein radikaler Ansatz, da er BürgerInnen erlaubt in haushaltspolitische Entscheidungsprozesse einzugreifen. Der Haushalt, mit dem sich bislang in den meisten Kommunen, Ländern und im Bund nur kleine Zirkel in der Exekutive und in den Parlamenten befassen, wird eine öffentliche Angelegenheit. BürgerInnen sollen entscheiden, wo sie Prioritäten setzen wollen. Sie fragen nach der Sinnhaftigkeit von Vorhaben, wollen sich von der Verwaltung und Politik erklären lassen, warum was getan wird. Wenn etwa in Berlin-Lichtenberg oder Berlin-Marzahn jedes Jahr tausende Menschen über den Haushalt ihrer Stadtbezirke diskutieren, dann sind das tausende mehr, als das vorher der Fall war.

Was ändert sich dadurch?

Brangsch: Tradierte Entscheidungsstrukturen, in denen auch Linke oder VertreterInnen aus Nichtregierungsorganisationen, Initiativen, Vereinen ihren Platz gefunden haben, werden in Frage gestellt. Die Öffentlichkeit haushaltspolitischer Entscheidungen wird auch von ihnen oft als Bedrohung ihrer Projekte und anderer sozialer Anliegen betrachtet. Tatsächlich jedoch sind diese Befürchtungen nicht belegbar. Im Gegenteil – kulturelle und soziale Aufgaben haben immer eine hohe Priorität. Diese radikale Öffentlichkeit von Entscheidungsprozessen erfordert aber auch radikale Veränderungen in der Art und Weise, wie Parteien, Fraktionen und Vereine arbeiten. Sie müssen in eine offensive Diskussion mit BürgerInnen treten. Ihre Strukturen sind darauf aber bisher nicht eingestellt.

Was ist der realistische Aspekt?

Brangsch: Das Projekt berührt die Interessen eigentlich aller EinwohnerInnen wie auch von Teilen des öffentlichen Dienstes. Die Diskussionen über Bürgerhaushalte sind auch eine Legitimierung öffentlicher Daseinsvorsorge. Daran haben Menschen sehr unterschiedlicher sozialer Stellung und unterschiedlicher politischer Orientierung gleichermaßen Interesse. Angesichts der Einführung der Schuldenbremse, der fortschreitenden offenen und verdeckten Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und nicht zuletzt der unter Regie der EU verfolgten Politik zwangsweiser Haushaltskonsolidierung ist dieser Bereich längst zu einem Feld harter Auseinandersetzungen geworden. In den Diskussionen zu den kommunalen Haushalten lernen Menschen viel über die Mechanismen von Politik, sie sehen, wie welche politische Richtung auf ihre konkreten Probleme reagiert, lernen etwas über das Verhältnis von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik. Die Erfahrung, überhaupt etwas verändern zu können, ist schon für sich genommen von unschätzbarem Wert. Denn im Selbstlauf passiert das nicht.

Was sind die langfristigen Ziele des Projekts?

Brangsch: Alternativen für größere Teile der Gesellschaft wieder diskutierbar machen, Utopien nicht als Traumbilder, sondern Herausforderung für eigenes Handeln verstehen lernen und in linken Parteien und Bewegungen die Erkenntnis bestärken, dass Veränderung der Gesellschaft auch Veränderung der eigenen Strukturen und der eigenen Art erfordern, Politik zu machen. Rosa Luxemburg brachte das in ihrer Auseinandersetzung mit Bernstein auf den Punkt: Nicht so sehr das Was, sondern das Wie unterscheidet emanzipatorische Politik.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE VANESSA LUX



US-Marines besteigen im März 2011 ein Kriegsschiff im Hafen von Morehead City, North Carolina/USA. Ihr Ziel: Das Mittelmeer. Foto: Reuters

ERHARD CROME

DER LIBYSISCHE KRIEG

WESTEN WILL MIT BOMBARDEMENT ALTE EIGENTUMS- UND WELTORDNUNG ERHALTEN

Mitte Mai wurde von Seiten der UNO bestätigt, dass ein Flüchtlingsschiff vor der libyschen Küste unterging und fast alle der etwa sechshundert Insassen in den Tod riss.

Das Flüchtlingsschiff hatte in Tripolis nach neuerlichen NATO-Luftangriffen auf die Hauptstadt abgelegt. Die Medien der westlichen Interventionsländer können wieder auf Gaddafi verweisen, obwohl doch die westlichen Bombenangriffe der direkte Grund für das Ablegen des Schiffes waren. Dies war der bis dahin folgenreichste bekannt gewordene Untergang eines Flüchtlingsschiffes seit dem Beginn der Massenfluchten aus dem bombardierten Libyen und seiner Hauptstadt. Nach Angaben von Radio Vatikan, die auf Informationen von Bischof Martinelli in Tripolis zurückgehen, «haben die Luftangriffe mittlerweile 400.000 Libyer zu Flüchtlingen in Tunesien und Ägypten gemacht». Der Luftterror insbesondere auch gegen die Hauptstadt Tripolis erhöht die Zahl der zivilen Interventionsoffer erheblich. Die Kriegsaktionen westlicher Mächte gegen Ziele in Libyen begannen mit Luftangriffen am 19. März; am 22. März folgte eine Seeblockade. Am 24. März hieß es, die Luftwaffe von Gaddafi sei zerstört, «Phase I» des Krieges abgeschlossen. Für «Phase II» übernahm die NATO das Kommando. Den Versuchen der Afrikanischen Union, des venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez und der türkischen Regierung, zwischen den libyschen Bürgerkriegsparteien zu vermitteln, war ein massiver Riegel der Macht des Faktischen vorgeschoben.

DAS ARABISCHE AUFBEGEHREN

Jahrzehntelang hieß es, die Völker der arabischen Welt seien «demokratieunfähig». Seit Januar 2011 stehen die Bevölkerungen auf. Zuerst in Tunesien, dann in Ägypten, schließlich im Jemen, in Jorda-

nien, Marokko, Algerien, Bahrein, Libyen, Syrien. Nachdem Anfang März auch aus dem Osten Saudi-Arabiens Unruhen und Polizeieinsätze gemeldet wurden, führte dies im Westen unter Verweis auf Sicherheit der Ölversorgung, Ölpreise, Aktienkurse und Finanzmärkte sowie unter Hinweis auf eine nun akut drohende «Flüchtlingswelle» zu sichtlichen Besorgnissen. Als Saudi-Arabien in Bahrein – dort hat die 5. US-Flotte ihr Hauptquartier – militärisch intervenierte, um die Demonstrationen niederzuschlagen, herrschte klammheimliche Zustimmung im Westen. Als Gaddafi dies tat, wurde zum Mittel des Krieges gegriffen. In Syrien schauen alle Seiten hilflos zu.

Die Menschen in den arabischen Ländern fordern Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Respekt der Menschenrechte. Zugleich aber auch Arbeit und ein selbstbestimmtes, auskömmliches Leben. Aus der sozialen und politischen Lage im Innern des Landes ist erklärlich, weshalb in Libyen wie in den anderen arabischen Staaten große Demonstrationen zum Sturz des Regimes stattgefunden haben. In Tunesien und in Ägypten war eine entscheidende Voraussetzung der «friedlichen Revolution», dass die Armee ein eigenständiger Faktor in der Innenpolitik ist und – aus welchen Gründen auch immer – nicht bereit war, das Feuer auf die Demonstranten zu eröffnen. In Libyen verfügte der Alleinherrscher weiter über entscheidende Teile der Armee. So war er derjenige, der als erster befahl, brutal auf Teile der eigenen Bevölkerung zu schießen. Und die loyal zu ihm stehenden Einheiten taten dies auch. Die Präsidenten Jemens und schließlich Syriens taten es ihm gleich.

Eine strategische, nicht nur symbolische Verbindung zwischen den Umbrüchen in Tunesien und denen in Ägypten über einen demokratisch bewegten politischen Prozess in Libyen nach dem Sturz Gad-

dafis hätte die Sache der arabischen Revolution gestärkt und die Bedingungen ihres Weitertreibens verbessert. Der Krieg in Libyen sichert, dass die beiden vereinzelt bleiben und erleichtert es, auch die politischen Auseinandersetzungen in beiden Ländern so zu kanalisieren, dass sie den westlichen Wünschen nach demokratischer Fassade, hinter der die gehabte Eigentums- und Weltordnung bestehen bleibt, gerecht werden.

TEIL WELTWEITER AUSEINANDERSETZUNGEN

Mit ihrem Aufbegehren kämpft auch die arabische Welt um einen selbstbestimmten Weg. Dass der globale Konkurrenzkampf zwischen den asiatischen Wirtschaftsmächten bzw. den BRICS-Staaten einerseits und den alten weltkapitalistischen Zentren im nordatlantischen Raum – USA und EU – andererseits den arabischen Ländern Raum zu eigener Entwicklung lässt, der die Lebenschancen der jetzt protestierenden jungen Menschen erhöht und die sozialen Probleme lösen hilft, ist eher unwahrscheinlich. Längerfristig gesehen werden die sozialen Probleme bleiben, auch wenn sich darüber eine demokratische Fassade erheben sollte oder gar tatsächlich Freiheitsrechte und demokratische Partizipationsrechte verwirklicht werden, wenn nicht eine eigene wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Gang gesetzt wird, die sich selbst trägt. Das gilt unabhängig davon, ob es um eine «nachholende Entwicklung» oder eine solche geht, die den Kriterien eines sozial-ökologischen Umbaus gerecht wird. Ob die kapitalistische Verfasstheit des Weltsystems letzteres überhaupt zulässt, ist eine andere Frage.

Die Welle der Proteste in der arabischen Welt zielte nicht nur auf Demokratie, sondern auch auf die Lösung der sozialen Frage, was sich letztlich gegen die neoliberale Verfasstheit der Weltwirtschaft richtet. Es ist offensichtlich historische Aufgabe des Krieges in Libyen, dem einen Riegel vorzuschieben. Für die Mächte des Westens ging es zugleich darum, die Dominanz, die Europa gegenüber der arabischen Welt seit Jahrhunderten ausgeübt hatte, wiederherzustellen. Das ist nicht nur eine Frage von Eigentumstiteln und von Geopolitik, sondern

auch eine geistige und mentale Frage. Wenn man dieses Gefühl der Überlegenheit gegenüber China und Indien schon verliert, will man es wenigstens vor der Haustür noch verspüren.

Die angreifenden Mächte haben seit Anbeginn nicht auf die «Flugverbotszone» zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung abgezielt, wie es in der Resolution 1973 des UN-Sicherheitsrates vom 17. März 2011 formuliert worden war, sondern auf den Wechsel des politischen Systems in Libyen. Das aber ist durch das Völkerrecht nicht gedeckt. Krieg als Mittel der Politik der westlichen Mächte wurde weiter veralltäglicht. Etliche Mächte greifen immer unverschämter zum Mittel des Krieges, um Interessen gegenüber Schwächeren durchzusetzen. Es ist jetzt der dritte Krieg, den der Westen seit 2001 in der muslimischen Welt führt, nach dem Afghanistan- und dem Irakkrieg. Heute vermag niemand zu sagen, wie lange er dauern und wie viele Opfer er noch kosten wird, was die unmittelbaren Resultate und die Folgen sein werden.

Das internationale Echo auf den Krieg zeigt jedoch, dass die Menschen, bei aller Verurteilung der ursprünglichen und auslösenden Aktionen des Gaddafi-Regimes, Krieg als Mittel der «Krisenbewältigung» nicht zu akzeptieren bereit sind. Die Schwierigkeiten der Kriegstreiber, Kriege einzufädeln, anzuzetteln, der eigenen Bevölkerung propagandistisch zu verkaufen und sie dann militärisch «durchzuziehen», werden immer größer. Insofern wachsen mit der sich verstärkenden Tendenz zum Krieg auch die Gegenkräfte. Es gilt, die Probleme der Welt von heute auf friedlichem Wege zu lösen. Eine andere Lösung gibt es nicht.

ERHARD CROME IST REFERENT FÜR FRIEDENS- UND SICHERHEITSPOLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

AUSFÜHRLICH ist die Analyse zum Libyen-Krieg im Paper «Der libysche Krieg des Westens» der Stiftung nachzulesen. Es kann heruntergeladen werden unter www.rosalux.de/publication/37521.

VERENA LIEBEL

PROTEST GEGEN AUTOKRATEN

ZWEI STIFTUNGSVERANSTALTUNGEN ZU DEN UMWÄLZUNGEN IN NORDAFRIKA

Revolution in Tunesien, andauernde Massenproteste und Forderungen nach der Abdankung des Regimes in Ägypten, Demonstrationen gegen das bestehende Herrschaftssystem in Jemen: Selbst für langjährige Kenner der Region kamen diese Entwicklungen unerwartet in ihrer Dimension und Intensität.

Zwei Veranstaltungen der Reihe «Politik Aktuell» befassten sich mit politischen, sozialen und kulturellen Hintergründen der Ereignisse. In der Veranstaltung «Ägypten am Wendepunkt?» diskutierten Professor Werner Ruf von der Universität Kassel und Heiko Wimmen von der Stiftung Wissenschaft und Politik, in welchen politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen die Entwicklungen zu sehen sind. Tunesienspezialist Ruf illustrierte die korrumpierten Verhältnisse der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes. Trotz des hohen Bruttoinlandsprodukts und Pro-Kopf-Einkommens komme der Wohlstand nur wenigen zugute. Insbesondere junge AkademikerInnen blickten perspektivlos in die Zukunft. Die gleich-

zeitige systematische Unterdrückung jeglicher Form von politischer Opposition hielten das Land während der letzten Jahrzehnte unter Kontrolle, sorgten aber unter der Bevölkerung zusehends für Unmut. Auslöser der Massenproteste und Demonstrationen war die Selbstverbrennung eines jungen Akademikers. Gefolgt von Solidaritätsbekundungen und Streiks verschiedener Berufsgruppen entwickelten sich die starken und beharrlichen Proteste, die letztendlich den Präsidenten Ben Ali, sowie seine Frau und deren Clan zur Flucht trieben.

Der erfolgreiche tunesische Volksaufstand, der von westlichen Medien über längere Zeit unbeachtet blieb, führte auch in anderen Ländern der Region zu Unmutsbekundungen gegenüber den eigenen Autokratien. So in Ägypten, wo sich die Demonstrationen schnell auf Landesebene ausweiteten. Wie sich in Ägypten nach über 30 Jahren Notstandsgesetzgebung und einem damit einhergehenden Versammlungsverbot unter dem repressiven Sicherheitsapparat Hosni

Mubaraks so eine breite Bewegung organisieren konnte, stellte WissenschaftlerInnen vor ein Rätsel. Für viele wurde schnell die «Generation Facebook» als tragende und treibende Kraft der Proteste ausgemacht. Auch Heiko Wimmen hob die Bedeutung der Vernetzung Jugendlicher durch soziale Medien hervor. Seine These lautete jedoch, dass nicht nur Facebook und die sehr aktive ägyptische Blogger-Szene in den letzten Jahren maßgeblich zu einem steigenden politischen Bewusstsein unter Ägyptens Jugend geführt hätten, sondern letztendlich die breite Masse von der alle betreffenden Korruption des Systems auf die Straße getrieben wurde.

In einer weiteren Veranstaltung unter dem Titel «Auf dem Weg in die Demokratie?» sprachen der Aktivist Hassan Saber (Kifaya-Bewegung) und Professorin Cilja Harders von der Freien Universität Berlin über mögliche Entwicklungen Ägyptens nach dem Sturz Hosni Mubaraks. Saber ließ das Publikum Teil haben an den Ereignissen der Revolution, die er seit den ersten Protesttagen auf dem Midan Tahrir miterlebt hatte. Die Erkenntnis sei für ihn, dass die Zukunft des Landes in der Hand aller Ägypter liege und die verschie-

denen organisierten Gruppen und Parteien wie Muslimbrüder, 6. April und Kifaya Teil haben müssten an dessen Entwicklung. Es gelte, den ersten Teil der Revolution, den Sturz des Regimes, nun in den zweiten Teil zu überführen und das politische System zu demokratisieren, unter Beteiligung aller Gruppen. Diese Position vertrat auch Cilja Harders, die insbesondere die Rolle der Frauen während der Revolution unterstrich und für ihre stärkere Beteiligung an den demokratischen Formierungsprozessen der ägyptischen post-revolutionären Demokratiebewegung plädierte.

VERENA LIEBEL IST PROJEKTKOORDINATORIN IM REGIONALREFERAT NAHER UND MITTLERER OSTEN, NORDAFRIKA UND TÜRKEI DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

DIE VERANSTALTUNGEN in der Reihe «Politik aktuell» sind unter www.rosalux.de/documentation/43009 und www.rosalux.de/documentation/43119 im Internet dokumentiert.

JENS ZIMMERMANN/REGINA WAMPER

VÖLKISCHE MOBILMACHUNG

NAZIS AGITIEREN GEGEN DEN WEGFALL DER FREIZÜGIGKEITSBESCHRÄNKUNG

Seit geraumer Zeit versucht sich die neonazistische NPD das Image einer «sozialen» Partei zu geben. Propagandistisch hat sie das auf die Formel «Sozial geht nur national» gebracht. Tatsächlich können etliche Detailfragen auf diese Aussage zuge-spitzt werden.

Sie sind zudem erst aufgrund der Einbettung sozialpolitischer und ökonomischer Forderungen seitens der NPD in ihre völkisch-nationale Ideologie als neonazistische Aussagen erkennbar. Grundelement rechter Ökonomiekritik ist dabei die Forderung nach einer «deutschen Volksgemeinschaft» – eine nach rassistischen Kriterien bestimmte Bevölkerung als Kampfgemeinschaft, die den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit nur emotional aufheben will, aber ökonomische, also kapitalistische Verhältnisse nicht antastet. Es geht der NPD um eine ideologische Umdeutung bestehender sozialer Ungleichheiten im Sinne des «Wohls der Volksgemeinschaft». Dabei ist ihr Verständnis von Kapitalismus als personalisierte, gesteuerte Macht zur Zerstörung völkischer Einheit zu betrachten. Dazu trügen Migration und soziale Kämpfe bei. Migration wird dabei als eine elementare Gefährdung für ArbeitnehmerInnen ohne Migrationshintergrund beschrieben. Diese Annahmen vermitteln ein zweipoliges Bild von Volksangehörigen und Fremden, die in ökonomischer Konkurrenz zueinander aufgebaut werden.

In diesem Rahmen ist die Agitation der neonazistischen Rechten gegen den Wegfall der Freizügigkeitsbeschränkung für einige mitteleuropäische Beitrittsstaaten der Europäischen Union zu verstehen. Der Ausweitung des Niedriglohnssektors, dem Abbau sozialer Sicherungssysteme, der Privatisierung öffentlicher Güter und der Forderung nach Mindestlöhnen und Partizipation von ArbeitnehmerInnen durch Gewerkschaften wird konsequent mit völkischen Versatzstücken begegnet. ArbeitnehmerInnen werden in Konkurrenz zu ArbeitnehmerInnen gestellt, das Interesse an ausbeutenden Lohnverhältnissen wird lediglich dem «Großkapital» zu-

geschrieben und nicht als folgerichtiger Effekt kapitalistischer Logik verstanden, die rechtsstaatlich abgesichert wird. Wenn die neonazistische Rechte gegen die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit agitiert, dann nicht aus Bedenken um eine weitere Verschärfung der Arbeitsmarktsituation, sondern im Sinne der Propagierung «völkischer Homogenität».

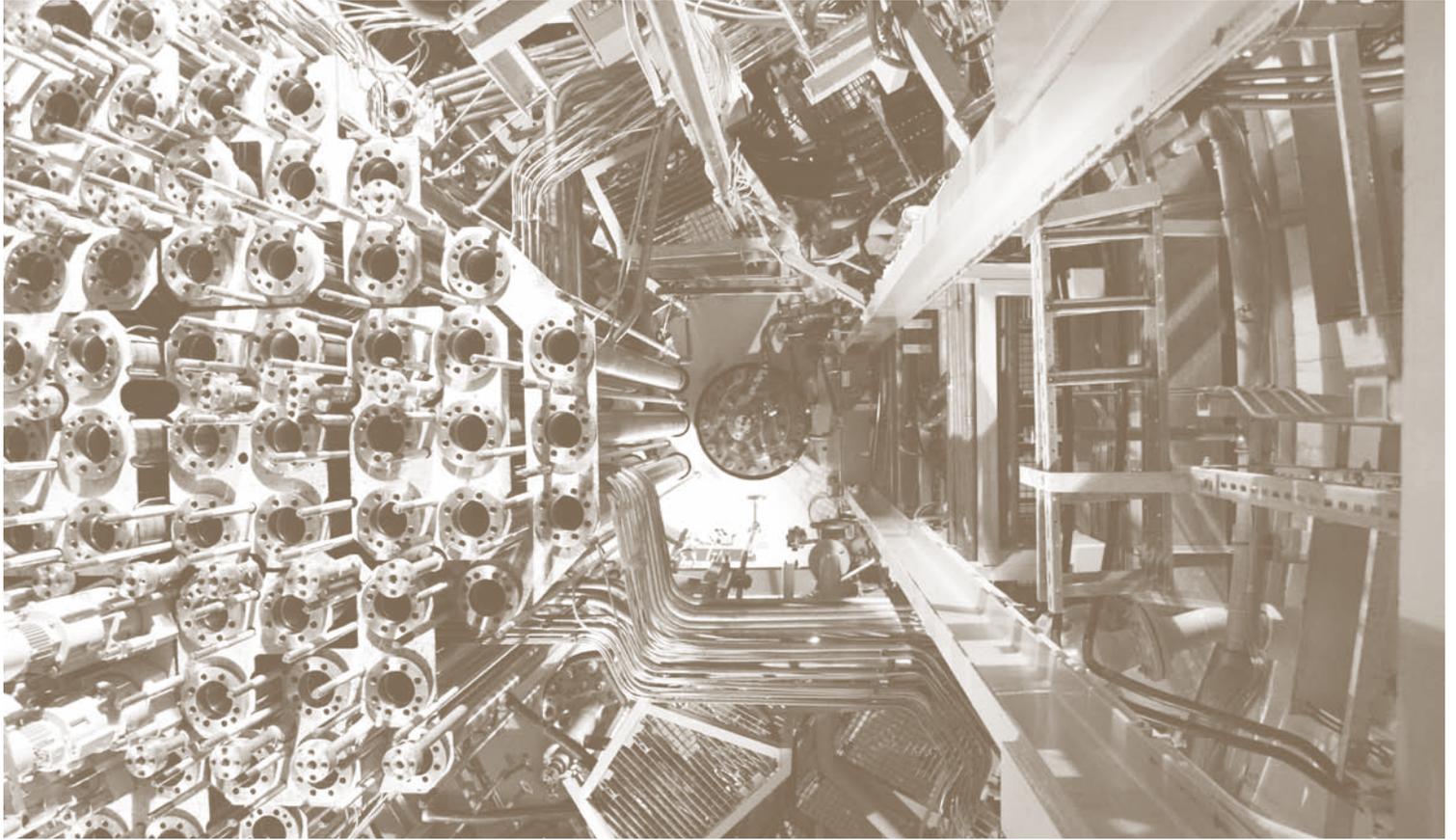
Auch Mainstream-Diskurse – angestoßen etwa von Sarrazin und Sloterdijk – und VertreterInnen des etablierten Parteienspektrums nutzen rassistische Argumentationsmuster und verweben diese mit vermeintlicher Kritik an sozialstaatlichen Regelungen – wenn auch wesentlich massentauglicher als neonazistische AkteurInnen. Entgegen dieser rassistischen Untertöne müsste gefragt werden, wie Rechte von ArbeitnehmerInnen gleich welcher Herkunft gestärkt werden können, wie die Umgehung von Mindestlöhnen durch Unternehmen, wie Leiharbeit und Unterbezahlung bekämpft werden können.

Emanzipative und linke Kritik muss an den kapitalistischen Exklusionsprozessen ansetzen und sich bemühen, die Anschlussstellen für rechte Diskurse zu vermindern und zugleich die Verwobenheit gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse anerkennen. Es kann nicht von einem wesenhaften Gegensatz von kapitalistischer Verwertung und rassistischer, geschlechterspezifischer wie nationalistischer Ausgrenzung gesprochen werden, wie das die völkische Rechte behauptet. Denn soziale Differenzierung schließt an rassistische und geschlechterspezifische Klassifikation an. Wenn wir diese Verwobenheit jenseits der Hauptwiderspruchs-Scholastik anerkennen, können Solidaritäten aufgebaut werden, die jenseits des Nationalen funktionieren müssen, wollen sie sich nicht anfällig für völkische Logik und kapitalistischen Konkurrenzkampf machen.

JENS ZIMMERMANN UND REGINA WAMPER SIND POLITIKWISSENSCHAFTLERINNEN UND MITARBEITERINNEN DES DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALFORSCHUNG (DISS)

GLOBALE KERNFRAGE

NACH DER ATOMKATASTROPHE VON FUKUSHIMA



Brennstabsteuerung im Atomkraftwerk Zwentendorf/Österreich. Der Meiler aus den 1970er-Jahren ging nie in Betrieb. Fotos (3): Gnal/Flickr

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER

RISSE IM BLOCK

DIE ENERGIEKRISE IST IM ZENTRUM DER FÜHRENDEN INDUSTRIENATIONEN MANIFEST GEWORDEN. SIE KANN KATALYSATOR FÜR EINEN GRÜNEN KAPITALISMUS SEIN

Früher oder später musste sich das Restrisiko in eine atomare Katastrophe verwandeln. Doch selbst viele Kernkraftgegner, die dies immer wussten, sind vom GAU in Fukushima überrascht worden. Eher hätte man ihn in Schwellen- oder Transformationsländern erwartet, denen geringere Sicherheitsstandards und ein schlampiger Umgang zugeschrieben werden.

Ganz ähnlich die Dynamik einer weiteren großen Krise: Früher oder später musste die Blase der Profiterwartungen auf den Finanzmärkten platzen. Selbst viele Kapitalismusegegner, die damit stets gerechnet hatten, sind vom GAU großer US-Investmentbanken im Jahre 2008 überrascht worden. Eher hätte man ihn in überschuldeten «Drittweltstaaten» als im kapitalistischen Kernland Amerika erwartet. Die Energiekrise ist damit ebenso wie die Finanzkrise im Zentrum der führenden Industrienationen manifest geworden – vielleicht etwas schneller als gedacht. Auf die Katastrophe folgten zunächst

die unmittelbaren, hektisch-verzweifelten Lösversuche. Doch genauso wenig wie die Rettungsmannschaften in Japan die köchelnden Reaktoren unschädlich machen konnten, vermochte die Bundesregierung die atomkritische Öffentlichkeit in Deutschland durch ein vorübergehendes Aussetzen der Laufzeitverlängerungen ausreichend zu beruhigen. Ganz ähnlich der Verlauf bei der Finanzkrise: Auch der globale Absturz der Finanzwerte und Gewinnerwartungen ließ sich nicht mehr durch kurzfristige Reparaturversuche wie Geldspritzen und Bürgschaften stoppen.

Auf die unmittelbaren folgen die etwas weitergehenden Reparaturen. Die Sicherheitsauflagen für die Atomkraftwerke werden genauso erhöht wie für die Finanzmarktspekulationen. Besonders risikoreichen Reaktoren wird der Weiterbetrieb ebenso untersagt wie besonders risikoreichen Geschäften ohne ausreichend Eigenkapital. Bei diesen Reparaturen, durch die herrschende Politik selber

initiiert, wird es nicht bleiben können. Zu deutlich sind die Katastrophen, als dass ein «Weiter so» gesellschaftlich ausreichend Akzeptanz finden könnte. Die nächste Kernschmelze ist nur eine Frage der Zeit. Und sie droht nicht nur in einem der über 400 Atomreaktoren auf der Welt. Auch die Kernschmelze des globalen Finanzsystems ist längst nicht gebannt, sind doch die uneinlösbaren Profitansprüche und die Schulden immer nur verschoben worden, zuletzt in die öffentlichen Haushalte hinein. Die Ansprüche der Geldbesitzer können aber von der Realwirtschaft nach wie vor nicht befriedigt werden, da entsprechende Wachstumsraten nicht mehr zu realisieren sind. Die Risse verbleiben nicht in den Reaktoren der Atom- und Finanzkraftwerke. Die atomare und finanzielle Kettenreaktion findet ihre Fortsetzung in Politik, Ökonomie und Gesellschaft des Neoliberalismus und vergrößert Risse im herrschenden konservativ-wirtschaftsliberalen Block – wie an den Meinungsverschiedenheiten in der bundesdeutschen Regierungskoalition und der sie tragenden gesellschaftlichen Schichten gut ablesbar ist. Dissens gibt es nicht nur bei der Frage der Rettung von Atomkraftwerken, sondern auch bei der Rettung von Banken.

Wir können noch nicht absehen, wie sich die Diskussion in Japan entwickeln wird, wenn die unmittelbare Not, die die Menschen zusammenschließen lässt, erst überwunden ist. Das Festhalten an fossiler und atomarer Technik gerät jedoch zumindest in den europäischen Ländern mit den weltweit stärksten Umweltbewegungen strukturell ins Hintertreffen. Auch wenn es aktuell noch durchaus starke Gegenkräfte und mächtige alte Kapitalfraktionen gibt, ist die Idee einer Energiewende hin zu erneuerbaren Energien längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Gestritten wird nur noch über Zeiträume und Übergangsszenarien. Nicht nur die Energieversorgung, die gesamte Industrie soll ergrünen und damit gleichzeitig die Finanz- und Wirtschaftskrise lösen. Ein grundlegender technologischer Wandel, eine vierte industrielle Revolution hin zu besserer Ressourcenausnutzung (Effizienz), hin zu Kreislaufwirtschaften und damit zu mehr Verträglichkeit technischer mit natürlichen Kreisläufen (Konsistenz) soll einen riesigen Innovations- und Investitionsschub auslösen. Erst dies macht neues Wachstum möglich, das mit der Weiterführung der erschöpften alten Produktlinien und Produktionsparadigmen nicht mehr zu erreichen ist, so dass die Kapitalanleger aus der Realwirtschaft fliehen und ihr Glück in der abgehobenen Sphäre der Finanzspekulation versuchen mussten.

Dieser «Green New Deal» soll nicht nur Anlegern helfen. Auch die von Exklusion betroffenen oder bedrohten Schichten sollen wieder in die Gesellschaft hereingeholt werden, indem ihnen neue Arbeits- und Qualifikationsperspektiven geboten werden. Die Idee ist bereits hegemonial in der gesamten politischen Klasse, großen Teilen der Wirtschaft und der öffentlichen Meinung. Es reicht ein Blick in Branchengazetten, Messeprogramme oder beliebige Tageszeitungen. Sie alle sind voll von lobenden Beispielen für innovative Ideen, Firmenerfolge und Bildungsbemühungen in umwelttechnischen Branchen.

Deutlicher Ausdruck des Durchbruchs der Idee eines «Greening of Industry» ist auch der Aufstieg der Grünen zur Volkspartei. Sie haben nicht nur die Ablehnung der Atomkraft in der Geburtsurkunde, sondern in der Folge die Idee des Green New Deal – zunächst gegen Widerstände – groß gemacht, vertreten sie am entschiedensten und werden daher zu Recht heute als originäre Urheber und Vorantreiber dieses Reformprozesses im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit WählerInnenstimmen be-

lohnt und mit Regierungsverantwortung bedacht. Die Katastrophe von Fukushima ist ein Katalysator für den Wechsel zum grünen Kapitalismus, der vor 25 Jahren mit der Katastrophe von Tschernobyl den ersten größeren Anschlag bekam. Der Green New Deal kann auf Dauer nur seinem Namen gerecht werden, wenn die Hoffnung auf Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturbelastung durch Effizienz- und Konsistenztechnologien in Erfüllung geht. Empirisch gibt es dafür bisher keine Anhaltspunkte. Seit etwa 25 Jahren gibt es einen Aufschwung von Ökotechnologien. Der Anteil erneuerbarer Quellen an der Stromversorgung in Deutschland etwa stieg von vier auf 17 Prozent, Häuser werden immer besser gegen Wärmeverlust gedämmt, Automotoren effizienter gemacht. Der «ökologische Fußabdruck» ist in dieser Zeit dennoch nicht kleiner geworden. Zwar gibt es Fortschritte bei einzelnen Stoffen, die Ressourcenentnahmen und die Belastung natürlicher Senken mit schädlichen Rückständen sind insgesamt aber etwa gleich groß geblieben. Oft kompensieren Mengeneffekte die Effizienzfortschritte. Die Häuser verbrauchen weniger Heizenergie pro Quadratmeter, die Wohnfläche pro Person nimmt aber zu. Die Motoren werden effizienter, die Menschen fahren aber mehr Kilometer und kaufen sich schwerere Fahrzeuge. Die Kilowattstunde Strom verursacht weniger Emissionen, es werden jedoch immer mehr Elektrogeräte verkauft. Nun

«Neun Zehntel weniger Umweltverbrauch bis 2050 ist ohne Infragestellung von Wachstum und Lebensstil nicht möglich.»

kann eingewandt werden, die Effizienzsteigerungen seien noch nicht groß genug, der Dematerialisierungseffekt werde mit dem Trend zur Dienstleistungsökonomie sich erst in Zukunft richtig ausbilden.

In der Tat kann nicht vorausgesagt werden, ob es nicht für einen gewissen Zeitraum diesen Entkopplungseffekt von Wachstum und Ressourcenverbrauch geben könnte. Äußerst fraglich ist aber, ob dies über einen längeren Zeitraum hinweg funktioniert. Fraglich ist auch, ob das Maß der Entkopplung ausreichend ist, um bis zur Mitte des Jahrhunderts das hinzubekommen, was für eine Begrenzung des Klimawandels und für globale Gerechtigkeit übereinstimmend als nötig angesehen wird: Eine Reduktion unseres heutigen Umweltverbrauchs um 90 Prozent.

Ohne eine Infragestellung von Wachstum, seinen treibenden Kräften in Gesellschaft, Kultur und kapitalistischer Ökonomie, ohne eine Diskussion von Lebensstil und -sinn wird sich dieses Ziel nicht erreichen lassen. Und eine Diskussion von Lebensstil und -sinn wird nicht zu haben sein, ohne über Ungleichheit und über Zwänge zu sprechen, in denen die Einzelnen in unserer formal freien Gesellschaft stecken. Ein Green New Deal, der mehr sein möchte als eine grüne Frischzellenkur für die Aufrechterhaltung der Profitrate, müsste sich diesen Fragen stellen. Wenn die Linke dazu auf Kapitaldynamiken verweist, hat sie sicher einen wichtigen Punkt angesprochen, der von anderen politischen Kräften gerne ignoriert wird. Das nicht nachhaltige gesellschaftliche Naturverhältnis lässt sich aber nicht darauf reduzieren. Konsumbedürfnisse und Lebenswei-

sen entstehen nicht nur, weil es Konzerne gibt, die damit Profit machen. Auch mit vergesellschafteten Energienetzen und mehr dezentraler Energieproduktion wird der Energie- und Ressourcen hunger nicht einfach sinken. Wollen wir den sich jetzt abzeichnenden Green New Deal weiterführen in Richtung eines sozial-ökologischen Umbaus – einer Gesellschaft mit nicht nur ökologisch angepasster Technik, sondern mit mehr sozialer Gleichheit und mehr emanzipativer Freiheit – müssen wir tiefer bohren: Welche Wachstumsmotoren, die wir uns nicht mehr länger leisten können, da sie nicht zu ökologisch-emanzipativem und sozialem Fortschritt beitragen, gibt es im modernedominierten Kapitalismus, in der kapitaldominierten Moderne? Welche Ursachen haben etwa Tendenzen der rastlosen Sinnsuche, haben beschleunigter Modewechsel, haben Distinktions- und Kompensationskonsum? Welche Rolle spielt das zunehmende Gefühl der Unsicherheit für Lebensstil, Konsum- und Erwerbsorientierungen? Diese und andere Entwicklungen stehen

sicher in Wechselwirkung zur Kapitaldominanz, sie lassen sich jedoch nicht darauf reduzieren. Eine ökologisch, sozial und emanzipativ orientierte Linke muss die durch Fukushima neu entfachte Diskussion um technische Alternativen (regenerative Energie) und ihre Bremser (Atomkonzerne und atomfreundliche Regierungen) auf die Frage hin erweitern, warum die in den Industrieländern vorherrschende Lebens- und Produktionsweise überhaupt soviel Energie, Rohstoffe und Produkte benötigt. Deren Befriedigung wird immer wieder zu sichtbaren Rissen im Reaktor und eher unsichtbaren Rissen in der natürlichen Regenerationsfähigkeit führen. Und sie muss sich daran machen, Gegenentwürfe zu skizzieren und Prozesse stark zu machen, die das emanzipative und soziale Potenzial haben, dieser fatalen Entwicklung entgegenzuwirken.

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER IST ENERGIEBERATER, SOZIALWISSENSCHAFTLER UND AUTOR IN OLDENBURG. ER GEHÖRT DEM GESPRÄCHSKREIS NACHHALTIGKEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG AN

BERND BROUNS

STROM IST GENUG DA

AUSSTIEGSJAHR 2022 VIEL ZU SPÄT – SOFORTIGES ENDE DER ATOMKRAFT MÖGLICH

Deutschland steigt aus der Atomkraft aus – in elf Jahren. «Zum frühestmöglichen Zeitpunkt», wie die Bundesregierung im neuen Atomgesetz behauptet. Eine Auffassung, die leicht zu widerlegen ist.

Blicken wir ein Jahr zurück. Der rot-grüne Atomkonsens war geltendes Recht, die Energiewirtschaft auf ein Auslaufen der Atomenergie in den nächsten zehn Jahren vorbereitet. Die Energiekonzerne hat-

ten diesem Ausstiegspfad explizit zugestimmt. Bis zur Verlängerung der Laufzeiten vor einem halben Jahr war der Planungshorizont klar: Die sieben ältesten Atomkraftwerke werden bis zum Jahr 2013 abgeschaltet, das letzte Atomkraftwerk im Jahr 2022 stillgelegt. So unzureichend der Atomkonsens war, so absurd ist es, ein Ausstiegsszenario bis zum Jahr 2020 als «Turbo-Ausstieg» (Spiegel Online) zu bezeichnen. Es ist daher auch nicht erstaunlich, dass der Branchenverband der Energiewirtschaft, dem auch die vier großen Atomkonzerne angehören, im April per Mehrheitsbeschluss einen vollständigen Atomausstieg bis zum Jahr 2020 forderte. Denn ein Großteil der Investitionen in den Umbau des Kraftwerksparks wurde durch den Beschluss zur Laufzeitverlängerung stark gefährdet. Insbesondere viele Stadtwerke hatten sich daher dagegen positioniert. Wie schnell wäre «frühestmöglich»? Schritt eins: Das Licht soll zu keinem Zeitpunkt des Jahres ausgehen. Die Stromversorgung muss also auch zum Zeitpunkt des Jahreshöchstverbrauchs – üblicherweise wenige Stunden an einigen Winterabenden – gesichert sein. In den vergangenen drei Jahren war die Jahreshöchstlast jeweils 14 bis 20 Gigawatt geringer als die gesicherte Stromerzeugungsleistung des hiesigen Kraftwerksparks. Mögliche Stillstände von Kraftwerken durch Revisionen oder Ausfälle sowie ein «Back up» zum Ausgleich von Schwankungen im Netz sind dabei bereits herausgerechnet. Bei der Windkraft werden nur fünf bis zehn Prozent der installierten Leistung als «gesichert» betrachtet, Flauten sind einkalkuliert. Solarstrom wird erst gar nicht als «gesichert» eingestuft, da die Sonne an den besagten Winterabenden nicht scheint. Die Richtlinien für den Netzbetrieb sehen zusätzlich eine Langfristreserve für unvorhersehbare Kapazitätsengpässe vor – quasi Kraftwerke im «Stand by»-Betrieb. Auch wenn man dies berücksichtigt, verblieben in den Jahren 2008 bis 2010 immer noch zwischen gut acht und 15 Gigawatt an Überschusskapazitäten im Kraftwerkspark. Dies lässt Raum für das Abschalten von elf Atomkraftwerken. Sofort. Also drei mehr als im Atomkompromiss vorgesehen. Ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Schritt zwei: Die verbleibenden

Blick auf ein Steuerpult des österreichischen AKW Zwentendorf



sechs Atomkraftwerke mit einer gesicherten Erzeugungsleistung von höchstens sieben Gigawatt werden im Laufe der Jahre 2013 bis 2015 überflüssig. Die Deckung der Jahreshöchstlast bliebe aus zwei Gründen sicher: Zahlreiche Gas- und Kohlekraftwerke mit einer Leistung von mindestens elf Gigawatt sind bereits heute in Bau und gehen in den kommenden drei Jahren ans Netz. Bleiben einige fossile Kraftwerke wenige Jahre länger als geplant am Netz, bedeutet dies einen erheblichen Netto-Zuwachs an Kraftwerkskapazitäten. Der Strombedarf in den Stunden des Jahreshöchstverbrauchs lässt sich kurzfristig deutlich verringern. Durch ein «aktives Lastenmanagement» könnte ein Teil des Stromverbrauchs einiger Großverbraucher wie Kühlhäuser oder bestimmte Industrieanlagen um wenige Stunden verschoben werden – ohne dass Produktionsprozesse unterbrochen werden müssten. Laut Öko-Institut reduziert schon eine Verlagerung des Stromverbrauchs in Höchstlastzeiten um wenige Stunden den Spitzenlastbedarf um bis zu fünf Gigawatt. Entsprechend weniger müssten gesicherte Kraftwerkskapazitäten vorgehalten werden. Eine derartige Betriebsplanung lässt sich in ein bis zwei Jahren realisieren.

Selbst wenn in den wenigen Stunden des Spitzenverbrauchs eine unerwartete Steigerung der Stromnachfrage einträte, bliebe die Möglichkeit des Rückgriffs auf die Langfristreserve. Sie wird ja gerade dafür vorgehalten. Doch wie passt das mit der Aussage im Atomgesetz zusammen, der Ausstieg sei «frühestmöglich» im

Jahr 2022 möglich? Für die Bundesregierung ist weniger die Versorgungssicherheit der Bevölkerung als das Profitinteresse der Atomkonzerne der Maßstab für die Begrenzung der verbleibenden Laufzeiten. Sie sei so ausgestaltet, dass «den Betreibern eine Amortisation der Investitionen sowie die Erzielung eines angemessenen Gewinns weiterhin ermöglicht wird», heißt es in der Gesetzesbegründung. Ein Sofortausstieg ist also nicht möglich? Doch. Er ist lediglich eine Frage der «Kosten», die die Gesellschaft bereit ist zu tragen. Während des Großteils des Jahres wäre ein sofortiges Abschalten aller AKW weniger ein Problem. Ende Mai waren eine Woche lang 13 der 17 Atomkraftwerke vom Netz – ohne heftige Preisausschläge an der Strombörse oder Versorgungsengpässe. Entscheidend sind wiederum die wenigen Stunden des Jahreshöchstverbrauchs an Winterabenden, den es zu senken gälte. Ist ein Verbot von Leuchtreklame in diesen Abenden zu absurd? Wären Zeiten von – staatlich subventionierter – Kurzarbeit an wenigen Abenden im Jahr undenkbar? Über einen Zeitraum von zwei bis drei Jahren würde zwar die statistische, nicht jedoch zwangsläufig die tatsächliche Versorgungssicherheit der Stromversorgung an einigen Tagen im Jahr sinken. Wäre es das nicht wert – eine erhöhte Wahrscheinlichkeit stundenweiser Stromengpässe ohne GAU statt dauerhafter Stromausfälle nach dem GAU?

BERND BROUNS IST REFERENT FÜR ENERGIEPOLITIK DER LINKSFRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

KRISTINA DIETZ

SOFORT UND KOMPROMISSLOS

EMANZIPATORISCHE PROTESTBEWEGUNG MUSS AUF UMGEHENDEN AUSSTIEG POCHEN

Mit den Ereignissen in Fukushima ist die Atomfrage erneut in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Energiesysteme gerückt. Vorläufiges Ergebnis ist ein neuer Ausstiegskonsens bis zum Jahr 2022.

Erwartungsgemäß ließen sich auch die Oppositionsparteien SPD und Grüne darauf ein. Damit gelingt es, sowohl die weit verbreiteten Ausstiegsforderungen als auch die Konzerninteressen nach Profitsicherheit zu bedienen. Und zugleich ist zu befürchten, dass sich erneut weite Teile der Anti-Atom-Bewegung in das hegemoniale Projekt einbinden lassen werden, das trotz Ausstiegsszenario an den Verharrungsstrukturen der atomaren-fossilen Energieverhältnisse nicht ernsthaft rüttelt.

Dabei müsste ein Blick in die Geschichte der atomaren Nutzung eigentlich genügen, um zu demonstrieren, dass Atomtechnologie in allen Varianten – vom zerstörerischen Uranabbau über den strahlenden Transport bis zum pannenreichen und katastrophalen Betrieb der AKW, der Wiederaufbereitung und der Atommülllagerung

sowie den militärischen Nutzungen – eine unbeherrschbare und menschenfeindliche Technologie ist. Sie ist zudem auch unversicherbar. In Deutschland werden 2,5 Milliarden Euro pro Anlage verlangt. Die Kosten des GAU in Fukushima lassen sich nicht wirklich monetär ausdrücken, dürften sich aber in einer Größenordnung von mehreren 100 Milliarden US-Dollar bewegen. Der Chef des Rückversicherers Munich Re, von Bomhard, bezieht bei solchen Zahlen eindeutig Position: «Eigentlich gibt es für jede Versicherung einen Preis. Nur die Atomindustrie ist praktisch unversicherbar.» Würden solche Versicherungen verlangt, wären der Wettbewerbsvorteil der Atomenergie und die Mär vom billigen Atomstrom dahin.

Ähnlich wie nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl herrschte nach Fukushima partei- und spektrenübergreifend eine Alarmstimmung in der Bundesrepublik vor. In den Medien setzte ein nahezu einstimmiger Kanon vom Ende der Atomkraft ein. Niedersachsens Ministerpräsident David McAllister (CDU) etwa zeigte sich überzeugt, dass «seit Fukushima die Kernenergie in Deutschland end-

SEPTEMBER 1957

Bei der Explosion eines Beton-tanks in der sowjetischen Plutoniumfabrik Majak sterben mindestens 1.000 Menschen. Etliche tausend Quadratkilometer sind seither verseucht. Der Fall wird erst 1976 bekannt.

OKTOBER 1957

Im britischen Kernreaktor in Windscale wird nach einem Brand eine radioaktive Wolke freigesetzt, die sich über Europa verteilt.

JANUAR 1977

Kurzschlüsse in zwei Hochspannungsleitungen führen im deutschen Atomkraftwerk Gundremmingen in Bayern zu einem Totalschaden. Das Reaktor-gebäude wird mit radioaktivem Kühlwasser verseucht.

MÄRZ 1979

Maschinen- und Bedienungsfehler führen im US-Reaktor Three Mile Island bei Harrisburg zu einem Kühlaufall und verursachen dadurch eine partielle Kernschmelze.

gültig keine Zukunft mehr hat». Für Bayerns Umweltminister Markus Söder (CSU) «verändert Japan alles», und Grünenchefin Claudia Roth forderte einen «neuen breiten Konsens für einen raschen Atomausstieg». Dennoch wurde wie nach 1986 und vor Fukushima auch nach der Katastrophe die Frage nach der künftigen Gestaltung der Energiesysteme und der Bedeutung der Atomenergie eindeutig herrschaftsförmig beantwortet.

Ein Blick zurück: Der rot-grüne Atomkonsens von 2001 verschaffte den Atombetreibern eine verbrieftete Bestandssicherung und Profitgarantie über Jahrzehnte und ermöglichte eine Ausweitung der Kapazitäten der Urananreicherungsanlage Gronau um das Vierfache. Im Sinne der herrschenden Energie- und Urankonzerne lief alles wie geschmiert. Nicht die AKW wurden stillgelegt, sondern weite Teile der Anti-Atom-Bewegung, die sich in diesen Konsens einbinden ließen. Denen, die das nicht taten, wurde die Legitimation für Protest und Widerstand abgesprochen – wenn nötig mit dem Polizeiknüppel. Das von der liberal-konservativen Regierung kurz vor Fukushima verabschiedete Gesetz zur Laufzeitverlängerung war ebenfalls Ausdruck der herrschenden zentralisierten Energieverhältnisse, mit denen auch unter Rot-Grün nie gebrochen wurde und erst recht nicht unter Schwarz-Gelb.

Denn die Atomtechnologie ist ein lohnendes Geschäft. Altreaktoren wie Biblis spülten dem Betreiber täglich eine Million Euro in die Kassen, der Staat partizipiert über hohe Steuereinnahmen an den Gewinnen und kann so die horrenden Subventionen refinanzieren, die in die Atomenergie fließen: So stellt Atomkraft nicht die Brücke in

ein solares Zeitalter dar, sondern eine Brücke zwischen Politik- und Konzerninteressen. Trotz aller Lippenbekenntnisse: Der neue Atomkonsens zeigt, dass eine radikale Transformation der Energiesysteme, die auch die sozialen Verhältnisse in Frage stellen würde, nicht zu erwarten ist. Zwei Beispiele dafür: Die Bundesregierung unterstützt den Bau eines neuen Atomkraftwerks in Brasilien mit Hermes-Bürgschaften, und der Energiekonzern RWE steigt in das einzige Atomkraftwerk in den Niederlanden ein.

Dieser Normalbetrieb ist und bleibt der Störfall. Eine emanzipatorische und sozial-ökologische Transformation dieses atomar-fossilen Systems muss daher die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen zur Grundvoraussetzung haben. Der Kern der Sofortausstiegsforderung ist nicht ihre Machbarkeit sondern die Notwendigkeit, den Staatsapparaten und Energiekonzernen den Nährboden ihrer unheilvollen Allianz zu entziehen. Nur so können einerseits der «brutalen Realität der ‹friedlichen Nutzung der Kernenergie› entsprochen» (Gruppe Anna_Liese Marburg) werden sowie andererseits die Voraussetzungen für emanzipatorische und dezentrale Modelle der Energieproduktion und -nutzung geschaffen werden: «Jede Debatte um Restlaufzeiten trägt dazu bei, die täglichen Opfer der Atomenergie in Uranabbaugebieten und den Atomanlagen gegen Konzerninteressen bzw. volkswirtschaftliche ‹Sachzwänge› aufzurechnen.» In diesem Sinne: Keine Kompromisse! Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit.

KRISTINA DIETZ HAT ZU FRAGEN DES KLIMAWANDELS PROMOVIERT UND IST AKTIV IN DER BUNDESKOORDINATION INTERNATIONALISMUS (BUKO)

«WIDERSTAND NIMMT ZU»

AKTIVISTIN UND ABGEORDNETE MICHÈLE RIVASI ZUR SITUATION IN FRANKREICH

Die Energieerzeugung in Frankreich basiert zu 80 Prozent auf Atomkraft, der Protest dagegen hielt sich über viele Jahre in Grenzen. Über die Situation nach Fukushima sprach RosaLux mit Michèle Rivasi, Europapaaabgeordnete der französischen Liste «Europe Écologie». Sie war von 2003 bis 2004 Direktorin von Greenpeace Frankreich. Im Jahr 1986 gründete Rivasi nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl eine unabhängige Forschungs- und Nachrichtenkommission zur Radioaktivität (Commission de Recherche et d'Information Indépendantes sur la Radioactivité) mit Sitz in Valence.

Wie streng sind die Sicherheitsnormen in Frankreich bisher gewesen und wie streng wurden sie auf ihre Einhaltung überprüft?

Rivasi: Die politischen Verantwortlichen und die Verantwortlichen der Reaktoren in Frankreich sind der Meinung, dass die französischen Kernkraftwerke die besten sind und deshalb auch sehr sicher.

Dennoch wurden Risiken, wie sie durch Terrorakte oder Unfälle – wie etwa Flugzeugabstürze – entstehen können, bei den Sicherheitskonzepten nie berücksichtigt. Das Problem mit den von der EU jüngst beschlossenen Stresstests ist, dass Frankreich seine Reaktoren nicht von unabhängigen Experten von außen testen lassen will. Dies wird zu einer Frage der nationalen Souveränität stilisiert. Ich bin in diesem Fall einer Meinung mit Kommissar Oettinger, der die Kernkraftwerke in Europa durch unabhängige Sachverständige bewerten lassen will und vor dem Hintergrund der Ereignisse in Fukushima und die Sicherheitsnormen überprüfen und erhöhen möchte. **Wie reagieren die Franzosen auf die Katastrophe in Japan? Wird die Atomenergie in Frage gestellt?**

Rivasi: Es gibt mehrere Arten von Franzosen. Da ist einmal die Regierung, die glaubt, dass die französischen Kernkraftwerke sicher sind. Im Gegensatz dazu ist die Bevölkerung sehr viel skeptischer gegenüber dem Kurs, der von der Regierung und den zuständigen

APRIL 1986

Die Explosion des sowjetischen Leichtwasser-Graphit-Reaktors in Tschernobyl setzt nach der Kernschmelze enorme Mengen radioaktiven Staubs frei, der bis West- und Nordeuropa getragen wird.

Die Bilder entstammen dem Album «Ukraine: Chernobyl Zone» von «Kvitlauk». Sie entstanden im Jahr 2009 in und um Tschernobyl und sind auf Flickr.com veröffentlicht (www.flickr.com/photos/kvitlauk/).



nationalen Energieverantwortlichen gefahren wird. Es gibt mehrere Bewegungen, insbesondere im Elsass, die über Parteigrenzen hinweg den Ausstieg aus der Kernenergie und die Schließung der besonders alten Kernkraftwerke fordern. Das Problem in Frankreich ist jedoch, dass wir so dermaßen von der Kernenergie abhängig sind, denn die Stromerzeugung wird zu 80 Prozent durch Kernenergie gewährleistet. Die Menschen fragen sich, wie der Ausstieg möglich sein kann. Sie sind nicht für die Kernenergie. Aber sie wissen nicht, wie sie zu überwinden ist.

Es ist also vielmehr die Sorge um die Stromversorgung als pure Überzeugung, die dazu führt, dass sich so wenig Widerstand regt – oder reden die Menschen auch über die Risiken, über den Verbleib des Atommülls sowie über die Kosten, die seine Lagerung verursacht?

Rivasi: Darüber wird sehr viel gesprochen und der Widerstand nimmt zu, aber es gibt in der Tat die Sorge, wie ein Ausstieg aus dieser Energieform, die den Franzosen in der Vergangenheit gleichermaßen von linken wie rechten Regierungen als alternativlos verkauft und aufgedrängt wurde, zu schaffen ist. Die Umweltbewegung und zunehmend auch die Sozialistische Partei machen nun deutlich, dass ein Ausstieg mit einer Laufzeit von 20 bis 25 Jahren, vielleicht auch 30 Jahren möglich ist. Es ist unsere Aufgabe, den Menschen deutlich zu machen, dass ein Ausstieg aus der Kernenergie möglich ist. Dennoch glauben wir, dass ein sofortiger Ausstieg nicht geht. Es müssen erst vernünftige Strategien entwickelt werden, die auch politisch überzeugend und durchsetzbar sind.

Frankreich hat die Möglichkeit eröffnet, die Reaktoren, die den Stresstests nicht standhalten, sofort zu schließen. Gleichzeitig hofft die Industrie, dass diese Tests so günstig ausfallen, dass sie gestärkt daraus hervorgeht und noch mehr Nukleartechnologie ins Ausland verkaufen kann. Was halten Sie von diesen Positionen vor dem Hintergrund, dass der Anteil der Kernkraftwerke weltweit sinkt, und vor allem nach Fukushima?

Rivasi: Problematisch ist doch, wer über die Schließung von Kernkraftwerken entscheiden wird, die nicht den Normen entsprechen. Meine Kritik an der Position Frankreichs bezieht sich darauf, dass die Verantwortlichen nicht wollen, dass externe Sachverständige die Kontrolle der Reaktoren vornehmen. Wenn es aber die gleichen Ingenieure sind, die gegenwärtig die nationale Sicherheitskontrollen ausführen; wenn also diese Ingenieure die Kontrollen vornehmen, die schon immer die französischen Kernkraftwerke kontrolliert haben, so werden sie wohl kaum ihre Ergebnisse von früher in Frage stellen und sagen: Wir stehen nicht mehr hinter dem, was wir vorher festgestellt haben. Dann ist da auch noch der Präsident der Republik, Sarkozy, der sagt: Weil unsere Kernkraftwerke so teuer sind, sind sie auch sicher. Das ist absolut falsch. Die neuen Kraftwerke haben niemals gut funktioniert. Der erste Reaktor der neuen Generation, der in Finnland gebaut wurde, wurde noch immer nicht ans Netz genommen. Man kann also



Europaabgeordnete und Aktivistin Michèle Rivasi

wirklich nicht sagen: Nur weil die Kernkraftwerke so teuer sind, sind sie auch sicher.

Risikiert Frankreich stark zurückzufallen, was die erneuerbaren Energien betrifft – sowohl in punkto Wirtschaftskraft als auch bei der Entwicklung vielversprechender Technologien?

Rivasi: Frankreich ist bereits abgehängt. Die gesamten möglichen Subventionen wurden gezielt für die Kernenergie und nicht für die Entwicklung erneuerbarer Energien verwendet. Die Regierung hat mehrere Maßnahmen getroffen, die gegen die Entwicklung der Windenergie und der Fotovoltaik gerichtet sind. Es ist sicher, dass Frankreich seinen derzeitigen Rückstand noch vergrößern wird, in dem es sich gegen erneuerbare Energien entscheidet. Windkraftanlagen in Frankreich sind dänischer, deutscher und spanischer Herkunft. Es gibt praktisch keine französischen Produzenten. Es gibt zwei Unternehmen, die Fotovoltaikanlagen herstellen, aber sie entlassen gegenwärtig Mitarbeiter, weil die Regierung sich gegen große Fotovoltaikanlagen entschieden hat. Die Entwicklung der erneuerbaren Energien wird behindert. Es sind politische Behinderungen. Die Politik macht alles, damit es keine Alternativen zur Kernenergie gibt.

Wie gehen Sie dagegen vor?

Rivasi: Mein Ansatz ist natürlich politisch. Für die Präsidentschaftswahlen 2012 muss es ein Einverständnis mit den Sozialisten geben. Das Ziel der Grünen ist die Einigung mit den Parteien der Sozialisten. Wenn es im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen zu einer Einigung kommen soll, müssen die Sozialisten sich für den Ausstieg aus der Kernenergie aussprechen. Das ist für uns unumgänglich. Wenn die Sozialisten diesen Ausstieg nicht befürworten, wird es keine Unterstützung von den Grünen geben. Wenn wir die Dinge in dieser Frage verändern wollen, geht das nur mit den Sozialisten. Mit der aktuellen Regierung wird es keinen Ausstieg aus der Kernenergie geben.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE RAMONA HERING, REFERENTIN FÜR EUROPÄISCHE POLITIK IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



APRIL 1993

Eine Explosion in der russischen Wiederaufbereitungsanlage Tomsk-7 setzt radioaktives Material frei. In der Folge werden 120 Quadratkilometer im Gebiet Sewersk verseucht.

ACHT MEILER GEPLANT

REGIERUNG IN VIETNAM HÄLT AM ATOMEINSTIEG FEST / BAUBEGINN 2014 GEPLANT

Die Atomkatastrophe in Japan war in Vietnam zwar ein Thema, das in der Öffentlichkeit diskutiert wurde. Die Entscheidung über das geplante Reaktorprogramm will die vietnamesische Regierung jedoch nicht überdenken.

Der steigende Energiebedarf des Landes soll ab dem Jahr 2020 durch Atomkraftwerke gedeckt werden. Optionen freilich fehlen, eine Anti-Atomkraftbewegung existiert nicht – neun Jahre vor dem Einstieg. Die Ereignisse in Japan wurden in Vietnam mit großer Betroffenheit aufgenommen. Bereits kurz nach dem Unglück stellte die vietnamesische Regierung Soforthilfen bereit, nach wie vor finden Benefiz-Veranstaltungen statt und es wird zu Spenden aufgerufen. Die Reaktionen in der Öffentlichkeit in Bezug auf die Atomkatastrophe sind gemischt. Viele Menschen haben Angst vor den Auswirkungen. Mehrfach kursierten per SMS und in Online-Foren gefälschte Meldungen, die vor einer direkten Bedrohung durch Radioaktivität warnten. Als bestätigt wurde, dass eine radioaktive, gesundheitlich ungefährliche Wolke Vietnam erreicht hatte, wurde das Thema im Privaten zunehmend besprochen, vor allem da die zuständige Behörde zuvor ausgeschlossen hatte, dass Radioaktivität nach Vietnam gelangen könnte. Auch haben viele Menschen Sorgen vor verstrahlten Lebensmitteln aus Japan. Das Gesundheitsministerium verspricht strenge Kontrollen von Importen und schließt eine gesundheitliche Gefahr aus. Fukushima selbst scheint jedoch weit weg zu sein. Eine nukleare Katastrophe hat wenig mit der Realität der Menschen zu tun, gab es doch bisher keine Informationspolitik in Bezug auf Gefahren von Atomkraft.

Dennoch ist festzustellen, dass mit der Katastrophe in Fukushima eine Diskussion in die Öffentlichkeit rückte, die es zuvor so kaum gab – eine Diskussion um das eigene Atomprogramm und dessen öffentliche Rechtfertigung. Die Ereignisse in Japan wurden in den Medien detailliert wiedergegeben. Die Berichterstattung ging einher mit dem Versuch, der Bevölkerung die Angst vor gesundheitlichen Folgen zu nehmen. Parallel wurde das landeseigene Atomprogramm auf den Prüfstand gestellt. Die klare Nachricht blieb jedoch, dass es für Vietnams wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar sei, an atomarer Energie, die als einzige «saubere und effiziente Option» gilt, festzuhalten. Im Jahr 2020 soll das erste Atomkraftwerk ans Netz gehen. In gut drei Jahren wird mit russischer Unterstützung der Bau des ersten und ein Jahr später mit Hilfe japanischer Investitionen der Bau des zweiten Kraftwerkes in der südvietnamesischen Provinz Ninh Thuan beginnen. In den nächsten 20 Jahren plant Vietnam den Bau von acht Atomkraftwerken in fünf Provinzen, welche zehn Prozent des Strombedarfes decken sollen.

In einer Anhörung vor der Nationalversammlung im Frühjahr versicherte der stellvertretende Ministerpräsident Nguyen Thien Nhan, dass der Vorfall im japanischen Atomkraftwerk eine wichtige Lektion für Vietnam sei. Die Auswahl der Standorte und von Technologien erfolge unter dem Gesichtspunkt, welche Gefahren ihnen durch Naturkatastrophen drohten. Eine derartige Anhörung zeigt die Besorgtheit auch in der Politik. Im März fand in Ninh Thuan mit 100 betroffenen Landwirten ein Treffen statt. Sie wurden über die angebliche Sicherheit der geplanten Kraftwerke «aufgeklärt». Der unmittelbar an der Küste gelegene Standort wird durch 15 Meter hohe Schutzwälle vor Flutwellen geschützt werden.

Beruhigen soll auch die Information, dass der sich in Dalat befindende Forschungsreaktor Erdbeben mit einer Stärke von sechs bis sieben auf der Richterskala standhalten könne. Der Forschungsreaktor wurde im Jahr 1962 mit amerikanischer Unterstützung erbaut und seit Beginn der 1980er-Jahre mit sowjetischer Hilfe zu Forschungszwecken genutzt. Im Jahr 2007 beteiligten sich die USA an einer Erneuerung des Reaktors. Man werde aus den Erfahrungen in Japan lernen, dennoch sei wenig zu befürchten: «Die Reaktoren werden sich automatisch abschalten, wenn Zwischenfälle entstehen», war in den staatlichen «Vietnam News» Mitte März zu lesen. Trotz dieser Meldungen besteht in der Bevölkerung die Befürchtung, dass im eigenen Land notwendige Kenntnisse fehlen, mit Atomenergie umzugehen. Diesen fehlenden Wissensstand versucht die Regierung – medial kommuniziert – mit der Ausbildung von Atomexperten in Russland, Japan, Südkorea und Frankreich zu beheben. Eine kritische Bewusstseinsbildung oder öffentliche Debatte über Gefahren und die Frage des Atommülls findet kaum statt. Der Handlungsspielraum für Umweltgruppen, die Alternativen diskutieren und darüber informieren, ist begrenzt, hoffentlich aber zunehmend möglich. Die jüngsten Entwicklungen in der öffentlichen Diskussion zeigen, dass der Bedarf nach Aufklärung in der Bevölkerung besteht. Für die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Vietnam wird es daher wichtig sein, die Debatten zu verfolgen und vor Ort entstehende Bedürfnisse im Rahmen der lokalen Möglichkeiten zu unterstützen.

NADJA CHARABY LEITET DAS AUSLANDSREGIONALBÜRO SÜDOSTASIEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN HANOI/VIETNAM

INFORMATIONEN über die Stiftungsarbeit in China, Vietnam und Indien sind online abrufbar auf der Internetseite www.rosalux.de/international/regionen/sued-ost-und-suedostasien.html.

SEPTEMBER 1997

Angestellte des japanischen Atomkraftwerks Tokaimura füllen zu viel Uran in einen Tank. Mehr als 600 Menschen werden verstrahlt.

DEZEMBER 2001

Eine Explosion beschädigt im AKW Brunsbüttel eine Rohrleitung, die an den Reaktordruckbehälter angeschlossen ist. Erst im Februar 2002 wird der Reaktor auf Druck der Kontrollbehörden vom Netz genommen.

JULI 2006

Nach einem Kurzschluss kommt es im schwedischen AKW Forsmark zu einer Schnellabschaltung. Zwei Notkühlgeneratoren versagen. Für mehr als 20 Minuten gibt es keinen Überblick über den Reaktorzustand.

MÄRZ 2011

Im japanischen AKW Fukushima I verursacht ein Tsunami einen Stromausfall. Die Kühlung fällt aus. Es kommt zur Kernschmelze, in hohem Maße wird Radioaktivität freigesetzt. Einstufung: «Katastrophaler Unfall.»

JOCHEN WEICHOLD

LINKES NISCHENTHEMA

ÖKOLOGIE IST KAUM IN DER PARTEI VERANKERT – ANDERS ALS BEI DEN GRÜNEN

Warum – so wird gefragt – haben die Grünen bei den von Fukushima überstrahlten Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz viel mehr Zustimmung erhalten als DIE LINKE, obwohl doch DIE LINKE in der Frage des Atomausstiegs die radikaleren Forderungen stellt?

Es wäre sicher verfehlt, den Erfolg der Grünen und die Niederlage der LINKEN bei diesen Landtagswahlen eindimensional an der Frage des Atomausstiegs festzumachen. Für Erfolg und Niederlage gibt es ein ganzes Ursachenbündel. Hier soll jedoch nur dieser einen Frage nachgegangen werden.

Offensichtlich ist es so, dass bei den Wählerinnen und Wählern nicht die radikalere Forderung, sondern der kompetentere Lösungsansatz gefragt war. Doch 74 Prozent der potenziellen Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg und 71 Prozent derjenigen in Rheinland-Pfalz stimmten in der Vorwahlbefragung von Infratest dimap der These zu, dass generell DIE LINKE zwar die Dinge beim Namen nennt, aber keine Probleme löst. Und 82 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg und 79 Prozent derjenigen in Rheinland-Pfalz schlossen sich der Aussage an, die Vorstellungen der Partei seien unrealistisch und nicht finanzierbar. Befragt nach der Kompetenz der Parteien in Sachen «guter Umweltpolitik», sprechen die Befragten der LINKEN faktisch jegliche Kompetenz ab, während Die Grünen auf diesem Politikfeld in Baden-Württemberg mit 69 Prozent und in Rheinland-Pfalz mit 58 Prozent Kompetenz-Zuschreibung weit vor allen anderen Parteien rangieren. Dass 61 Prozent der Befragten in Baden-Württemberg und 59 Prozent derjenigen in Rheinland-Pfalz «eher» der Aussage «Die Grünen haben die Risiken der Kernkraft besser eingeschätzt als andere Parteien.» zustimmen, passt in dieses Bild.

Kompetenz in Sachen Umweltpolitik haben sich die Grünen in 30 Jahren erarbeitet. Ökologie, der Schutz der natürlichen Ressourcen der Erde und «Atomkraft – nein danke!» waren seit Gründung der Grünen die konstituierenden Themen der Partei, mit denen sie auch in der Öffentlichkeit assoziiert wurde und wird. Kein anderes Politik-

feld wird so mit der Öko-Partei verbunden wie dieses. Die Energiewende ist heute das zentrale Element in ihrem Green New Deal, mit dem die Grünen ein in sich stimmiges und damit glaubwürdiges Zukunftskonzept entwickelt und auf eine griffige, eingängige Formel gebracht haben.

Die Vorleute der Partei DIE LINKE haben dagegen in Erklärungen und Interviews immer wieder betont, dass sich die Partei auf ihre vier Kernthemen – die Rente mit 67, Abschaffung von Hartz IV, Mindestlohn und Rückzug aus Afghanistan – konzentriert. So kann es nicht verwundern, dass das Thema Energiewende in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mit der Partei verbunden wird. Dazu kommt, dass das Thema Ökologie in Ost und West nicht in der Breite der Partei verankert ist. Es ist programmatisch eher unterbelichtet und Gegenstand nur einiger Spezialisten. Die Ökologische Plattform fristet seit Jahren eine wenig beachtete Nischenexistenz. Teile der Mitgliedschaft und der Wählerschaft sind erklärtermaßen Anhänger der Kernkraftnutzung.

Mit der Reaktorkatastrophe von Fukushima wurde das Thema Atomkraft schlaglichtartig in die öffentliche Debatte gerückt. Mit radikaleren Forderungen als die Grünen aufzutreten – wie ein unverzüglicher Ausstieg aus der Nutzung der Kernkraft und die Verankerung des Verbots ihrer Nutzung im Grundgesetz –, wirkt wie das Aufspringen auf einen abfahrenden Zug in letzter Minute und damit wenig glaubwürdig. Alarmismus und Sofortismus, wie sie für die Anfangsjahre der Grünen typisch waren, kommen heute beim Wähler nicht gut an: Das Licht soll nicht ausgehen. Gefragt sind glaubwürdige Konzepte eines eher graduellen Ausstiegs aus der Atomenergie, die nicht mit zu schmerzhaften persönlichen Veränderungen oder mit der Belastung des eigenen Geldbeutels verbunden sind. Die Vorstellungen der Grünen entsprechen hier derartigen Befindlichkeiten eher als diejenigen der LINKEN.

JOCHEN WEICHOLD LEITET DEN BEREICH ARCHIV/BIBLIOTHEK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND BESCHÄFTIGT SICH SEIT JAHREN MIT DER ENTWICKLUNG DER PARTEI BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

WILFRIED TELKÄMPER

POLITISCHE PREISFRAGE

AUSSTIEG IST ZU NIEDRIGEREN STROMKOSTEN UND SOZIAL VERTRÄGLICH MÖGLICH

Der Atomausstieg wird gegenwärtig von vielen Stromanbietern, PolitikerInnen, einigen JournalistInnen und sonstigen Interessengeleiteten dazu genutzt, Ängste vor Strompreiserhöhungen zu schüren. Das ist unseriös, gefährlich und in der dargestellten Dimension falsch.

Zukunftsweisender und für eine nachhaltige Energiewende konstruktiver wäre eine Vorstellung von Konzepten für den Atomausstieg mit sozialeren Stromkosten und den Umstieg auf Vollversorgung durch erneuerbare Energien sowie die breite Förderung von Energieeffizienz und -einsparmaßnahmen. Eurosolar hat jüngst

eine Pressemitteilung zu «Lügen und Märchen der Anti-Energiewende-Lobby» veröffentlicht. Es sei falsch, dass «die Energiekosten der Endverbraucher durch die Energiewende explodieren» würden, heißt es dort. Im Gegenteil: Die Energiewende werde mittelfristig sogar zur Kostenstabilität beitragen. Die Stromkostensteigerungen um durchschnittlich sechs Prozent in den vergangenen Jahren seien zurückzuführen auf die steigenden Rohstoffkosten der fossil-atomaren Energiewirtschaft und auf zusätzliche Monopolgewinne der «Stromoligopolisten» aufgrund des fehlenden Wettbewerbs am Strommarkt. Gegenwärtig kostet eine Kilowattstunde durchschnitt-

lich zwischen 22 und 23 Eurocent. Die Stromerzeugungskosten liegen aktuell bei fünf bis sechs Eurocent, sind also nur ein kleiner Anteil des gesamten Strompreises. Etwa ein Fünftel der aktuellen Stromerzeugung kommt aus Atomkraftwerken. Je nach Ausstiegsgeschwindigkeit und einer Ersatzstromerzeugung durch Kohle oder Gas wird dies höchstens zu einer Erhöhung der Stromerzeugungskosten von 0,6 Eurocent führen. Ein Vollumstieg auf erneuerbare Energien kann kurzfristig im Vergleich etwas teurer werden, ist langfristig aber nicht nur preiswerter, sondern auch Klima schonender und sozialer. Hier rächt sich die mangelnde Investition und der unzureichende Einstieg in die erneuerbaren Energien in den vergangenen Jahren. Die Stromkosten könnten für einkommensschwache Haushalte sogar verbilligt werden, wenn für sie der Grundpreis erlassen würde. Da wohlhabendere Haushalte in der Regel mehr Strom verbrauchen, ist eine entsprechende Umlage des Grundpreises vertretbar.

Durch eine zusätzliche und größere Förderung von Energieeffizienz und -einsparmaßnahmen könnten die Stromkosten erheblich reduziert werden. Rund 40 Prozent unserer Energie wird durch Gebäude verbraucht und verpufft vielfach – in einer Zeit, in der sogar Plusenergiehäuser gebaut werden. Das sind Gebäude, die mehr Energie produzieren als sie verbrauchen. Allein mit dem zusätzlichen

Stromverbrauch von Stand-by-Anlagen werden gegenwärtig in Deutschland zwei Atomkraftwerke beansprucht. Der Einsatz neuester Technologien, Richtlinien für entsprechende Standards, Prämissen für Effizienzmaßnahmen, die Förderung von Kooperationen mit dem Handwerk wie insgesamt mehr Service und Dienstleistungen durch die Stromanbieter könnten enorme Stromverschwendungen und damit Kosten einsparen. Welcher Kunde kennt sich schon mit der Heizungspumpe seines Haushaltes aus und kann bei einer Neuanschaffung die Beratung richtig beurteilen? Flächendeckend unabhängige Service- und Beratungsstellen würden Vertrauen schaffen und den Umstieg zu erneuerbaren Energien leichter machen.

Die Stadt Tübingen etwa bietet Dienstleistungen rund um die Heizungspumpen durch eine unabhängige Beratung an, organisiert Gemeinschaftseinkäufe, die die Einzelteile verbilligen und verrechnet gleich den Anschaffungspreis mit der Energieeinsparung der kommenden Jahre. Wir erleben gerade in Deutschland, dass der Atomausstieg möglich ist. Preiswertere Stromkosten für einkommensschwache Haushalte ebenso. Sofort.

WILFRIED TELKÄMPER IST DIREKTOR DES ZENTRUMS FÜR INTERNATIONALEN DIALOG UND ZUSAMMENARBEIT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG UND MITGRÜNDER VON EUROSOLAR

MARKUS MOHR

ENERGISCHE VERFECHTER

ZWIESPÄLTIGE ROLLE DER GEWERKSCHAFTEN IN DER ATOMDEBATTE

In der nun 40 Jahre dauernden Konfliktgeschichte um die Nutzung von Atomenergie zu zivilen Zwecken in der Bundesrepublik sind die Gewerkschaften ein prominenter Spieler. Dort wo sich ihnen als Industriegewerkschaften die Gelegenheit bot, haben sie sich als energische Verfechter dieser Form der Energieerzeugung profiliert.

Unter dem unmittelbaren Eindruck des Reaktor-GAUs von Tschernobyl schien der Ende Mai 1986 tagende DGB-Bundeskongress allerdings eine Wende zu vollziehen. Mit überwältigender Mehrheit wurde ein Atomausstieg mit der markanten Formulierung «so rasch wie möglich» eingefordert. In der Praxis bedeutete das, dass der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Karl-Heinz Hoffmann etwas über einen Monat nach diesem Beschluss das noch nicht ans Netz geschaltete AKW Brokdorf schlicht zu einer im DGB-Beschluss angesprochenen «derzeitigen Kapazität» rechnete und – man ahnt es bereits – selbstverständlich dessen sofortige Inbetriebnahme einforderte. Schon wenige Monate nach Tschernobyl war der Atomausstiegsbeschluss – mit Ausnahme der IG Metall – für IG Bergbau, ÖTV und vor allem die IG Chemie Makulatur. Es war der IG Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe persönlich, der in den damaligen gewerkschaftlichen Debatten unter dem vielschichtigen Begriff des «Umstiegs» ein Szenario entwarf, das sich zwischenzeitlich als bitter real erwiesen hat: Damals kursierende, gut begründete, immerhin auf einen Zeitpunkt fast ein Vierteljahrhundert später terminierte, also bis zum Jahr 2010 reichende Atomausstiegsgutachten, wurden vom ihm als «zu kurzfristig angelegt» weggewischt. Stattdessen stellte er im Jahre 1987 auf eine im Jahr 2040 mutmaßlich veränderte Weltenergiesituation ab, in der der Einsatz der «Kern-

energie» noch einmal einen «wichtigen Beitrag zur Überwindung der fossilen Energielücke» ausfüllen könnte. Vermerkt werden muss aber die bemerkenswerte Haltung der IG Metall: Nach Tschernobyl verabschiedete sie sich in Theorie wie Praxis umsichtig von einer weiteren Befürwortung einer Atomenergienutzung.

Das Ende der Kohl-Regierung im September 1998 schien zunächst auch eine Wende in der Atomenergienutzung einzuleiten. Doch auch etwaigen rot-grünen Ausstiegsträumen wurde von den großen Energieversorgern und ihren Beschäftigten der Garaus gemacht. Noch im März 1999 kam es, begleitet von einer Anti-Besteuerungs-Kampagne der Energiekonzernvorstände – hauptsächlich gegen Finanzminister Lafontaine gerichtet –, parallel zum «in angespannter Stimmung» stattfindenden zweiten Energiekonsensgespräch zwischen Bundeskanzler Schröder und den Vorstandsvorsitzenden der großen Energieversorger Viag, RWE, Veba und Energie Baden-Württemberg zu einer zentralen Demonstration von 35.000 Beschäftigte aus der Atomenergiewirtschaft in Bonn. Das war zweifellos eine «Unterstützung» der Konzernchefs «durch ihre Mitarbeiter», wie die FAZ aufmerksam notierte. Dort skandierten Parolen und Transparente wie «Jetzt oder nie – Atomenergie» oder «Umwelt schützen – Kernkraft nützen» ließen keinen Zweifel an der Stoßrichtung dieser Manifestation. Die mächtigste Industriebranche der BRD konnte es sich sogar leisten, der ÖTV zu gestatten, als Mitveranstalterin aufzutreten. Die so hergestellte Plattform war allerdings für den Vorsitzenden der ÖTV, Herbert Mai, nicht ohne Preis zu haben. Um die aus der Energiewirtschaft herangekehrte Pro-Atom-Menge nicht unnötig zu reizen, wich er an entscheidender Stelle von dem zuvor an die Presse verteilten Redemanuskript ab. Die For-

mulierung, dass der im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien festgelegte «Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie (...) eine politische Konzeption (sei), die von den Gewerkschaften unterstützt wird», ließ er während seiner Ansprache einfach aus. Stattdessen beschränkte sich Mai auf die um Beruhigung bedachte, nichtssagende Formulierung, dass es einen «Energiekonsens (...) nicht ohne die Gewerkschaften geben» könne (taz vom 10. März 1999).

Implizit trug damit der ÖTV-Vorsitzende den internen Kräfteverhältnissen innerhalb der Organisation Rechnung: Das Zehntel der im Energiebereich organisierten Mitglieder trug damals zu rund einem Drittel des Beitragsaufkommens der Gesamtorganisation bei. Anders formuliert: Die ÖTV war in jeder Weise auf die beitragsstarken Mitglieder aus dem Energiebereich angewiesen, nicht aber die von ihren Geschäftsführungen wohlwollend unterstützten Betriebsräte aus der Energiebranche immer auf die ÖTV. Am Ende blieb der denkwürdigen Bonner Machtdemonstration vom März 1999 der zum Teil gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten aus der Atomenergiebranche ein durchschlagender politischer Erfolg nicht versagt: Etwa zwei Monate später war im «Spiegel» zu lesen, dass der Bundeskanzler im Begriff gewesen sei, «den Ausstieg aus der Kernkraft in unendliche Ferne zu verschieben. (...) Kein einziger Meiler werde in dieser Legislaturperiode abgeschaltet, versprach Schröder unlängst Kernkraftbetriebsräten und Gewerkschaftern beim vertraulichen Treffen in der Bonner Regierungszentrale».

Die Jahre seit dem Abschluss des Atomausstiegs, der ohnehin niemals einer war, vergingen im Wesentlichen damit, dass seitens der Energiewirtschaft immer wieder Vorstöße an die Adresse der Bundesregierung unternommen wurden, noch günstigere Verwer-

tungsbedingungen für die Meiler herauszuschlagen. Unterstützung fanden sie dabei immer wieder bei der IG Bergbau, Chemie, Energie. Noch im Juli 2008 ließ sich IG-BCE-Chef Hubertus Schmoldt mit der markanten Bemerkung vernehmen, dass es an der Zeit sei, «in der SPD, aber auch innerhalb des DGB, die immer noch stark verbreitete Betonmentalität beim Thema Kernkraft aufzubrechen» (FAZ vom 14. Juli 2008).

Angesichts der unübersichtlichen Situation in Fukushima verbietet sich für die Gewerkschaften die Wahl einer derart aggressiven Tonlage von selbst. Wenn es aber richtig ist, dass die Vorstände der vier großen Energiekonzerne E.on, RWE, Vattenfall und EnBW daran festhalten werden, noch für sehr lange Zeit Atomanlagen zu betreiben, so kann das Einvernehmen damit aus der Sicht des DGB mit der Beschwichtigungsformel eines als «geordnet» bezeichneten Atomausstiegs hergestellt werden. Mit diesem Begriff hat sich der amtierende Bundesvorsitzende Michael Sommer in einer Rede auf der Anti-Atom-Massendemonstration in Berlin Ende März geäußert. Sommer wird gewusst haben, warum er in seiner Ansprache zwar die sofortige Stilllegung von «Uralt-Atomkraftwerken», aber nicht der für die bundesdeutschen Energieversorgungsunternehmen anhaltend profitabel brummenden «modernen Atomanlagen» eingefordert hat. Insofern bleibt der Inhalt seiner Rede anschlussfähig für das, was die beiden in der Energiewirtschaft zuständigen Einzelgewerkschaften Verdi und die IG BCE in den nächsten Jahren für den Weiterbetrieb von Atomanlagen in diesem Land zu tun haben.

MARKUS MOHR IST POLITIKWISSENSCHAFTLER UND ARBEITET ALS FREIER PUBLIZIST IN HAMBURG

Arbeitsanzüge von Ingenieuren, ausgestellt im AKW Zwentendorf/Österreich. Auf dem Kraftwerksgelände befindet sich heute eine Photovoltaik-Anlage





Junge WissenschaftlerInnen tauschten sich in Berlin über Hochschullaufbahnen und außeruniversitäre Berufsfelder aus. Foto: RLS/M. Blanke

TANJA ERNST UND UWE SONNENBERG

DOKTORIN – UND DANN?

PROMOVIERENDE DEBATTIEREN ÜBER BERUFSCHANCEN LINKER AKADEMIKERINNEN

Erstmals hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin eine umfassende Informations- und Diskussionsveranstaltung über berufliche Perspektiven von Promovierenden angeboten.

Das Studienwerk hatte die Veranstaltung angeregt und zusammen mit dem stipendiatischen «Arbeitskreis Promovierenden-Forum» zu einer zweitägigen Tagung entwickelt. Nach einer abgeschlossenen Promotion schafft es nur etwa eine von hundert KandidatInnen erfolgreich durch den immer enger werdenden Flaschenhals hindurch zu einer ordentlichen Professur. Karriereverläufe für linke Promovierte sind zusätzlich eingeschränkt. Der Wunsch, sich darüber zu verständigen, sowie die Nachfrage nach Hilfestellungen, Anregungen und Informationen für die Zeit nach der Promotion waren dementsprechend hoch.

Der erste Tag der Veranstaltung blieb ganz den (Un)Möglichkeiten wissenschaftlicher Laufbahnen in Forschung und Lehre vorbehalten. Die Vertreterin des Bundesforschungsministeriums, Mechthild Wagner, wies auf eine erstaunlich dünne Datenlage zur allgemeinen Situation von Promovierenden und «Post-docs» hin. Während Thomas Brunotte die Förderleitlinien und das mehrstufige Auswahl- und Bewerbungsverfahren der Volkswagen-Stiftung erläuterte, informierte Uta Hoffmann von der Humboldt-Universität Berlin über unterschiedliche Fellowship- und Stipendienangebote. Der Soziologe und ehemalige Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Peter Ullrich, berichtete von seinen eigenen Erfahrungen aus der unmittelbaren Post-doc-Phase. Obwohl es ihm zusammen mit einer Reihe von KollegInnen gelungen sei, bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) Fördergelder für die Einrichtung einer Nachwuchsgruppe zu erhalten, gab er zu bedenken, dass akademischer

Erfolg und der Anspruch solidarischen, kritischen Forschens vielfältige Problemlagen und Spannungen erzeuge. Abschließend trug die ehemalige Stipendiatin und frisch berufene Juniorprofessorin Antonia Davidovic eher zur Ernüchterung hinsichtlich beruflicher Perspektiven im akademischen Bereich bei. Sie problematisierte hohe Arbeitsbelastungen und zeitliche Befristungen – in ihrem Fall ist zudem die Professur ohne Aussicht auf Verlängerung.

Für den zweiten Tag sah das Programm Beispiele aus außeruniversitären Berufsfeldern und Bewegungskontexten vor, die nach einer Einführung von Ralf Hoffrogge und Marcus Havel über «Promovieren als Linke» von mehreren ehemaligen und aktuellen StipendiatInnen vorgestellt wurden. So zeichneten Ayla Güler Saied und Franziska Rauchut in einem konzisen Vortrag über Mehrfachdiskriminierungen strukturelle Aspekte von ungleichen Bildungschancen in Deutschland nach. Tobias Pieper berichtete über seinen Übergang von der Promotion in ein hauptamtliches Engagement bei der Opferperspektive Brandenburg. Katja Koblitz und Anja Metelmann beleuchteten berufliche Praxen in der Museumsarbeit und Berufsperspektiven in den Naturwissenschaften. Einen ausgewogenen Einblick in die Arbeit eines Abgeordnetenmitarbeiters im Bundestag gab Stefan Kalmring, der auch nützliche Weiterbildungsangebote der Rosa-Luxemburg-Stiftung für seine Tätigkeit hervorhob. Jane Angerjäv, eine der wenigen ehemaligen Stipendiatinnen, die nach ihrer Promotion den Weg auf eine ReferentInnenstelle in der Stiftung gefunden haben, informierte über verschiedene Möglichkeiten der Mitarbeit innerhalb der Stiftung. Den Abschluss des zweiten Tages bildeten gemeinsame Reflexionen über potenzielle Strategien gegen die weithin dominante «Mentali-

tät des Durchkommens und der individuellen Leistungslogik» (Ralf Hoffrogge). In diesem Kontext wurden Netzwerke von WissenschaftlerInnen und Beispiele ihres Erfahrungsaustauschs über bestehende Mailinglisten vorgestellt. Nach der «Bildungsexpansion» der 1970er-Jahre, die auch für Menschen mit linken Biografien und Ansätzen Aufstiegswege in der universitären Landschaft zuließ, scheinen nun Netzwerke, wie etwa der jüngst gegründete Verein für Ehemalige der Rosa-Luxemburg-Stiftung «ROSAumni» – vorgestellt von Isabel Erdem und Peter Ullrich – an Bedeutung zu gewinnen. Im Zuge des Bologna-Prozesses, der die Marktförmigkeit der Wissensproduktion und die zunehmende Prekarisierung in diversen Arbeits- und Beschäftigungsbereichen noch verstärkt, ist kritisches und solidarisches Forschen oft kaum mehr möglich. Als vorläufiges Fazit der Veranstaltung blieb der Eindruck, dass Gegen-

strategien nur dann erfolgreich sind, wenn es gelingt, notwendige Konzessionen zu machen, ohne dabei der allgemeinen Dynamik der akademischen Leistungsshow zu erliegen. Räume sollten geschaffen werden, um sich über das akademische Selbstverständnis auszutauschen und um die vorhandenen Fördergelder und Strukturen kreativ-kollektiv für eigene Perspektiven abseits des Mainstreams zu nutzen. In diesem Sinne wäre es sinnvoll, das Veranstaltungskonzept um konkrete Angebote zu Antragstellung sowie Anschluss- und Übergangsförderungen zu ergänzen. Zu begrüßen ist, dass die Veranstaltung voraussichtlich zu einem festen Bestandteil im Stiftungskalender der ideellen Förderung für Promovierende werden soll.

TANJA ERNST UND UWE SONNENBERG SIND PROMOTIONSSTIPENDIATINNEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

«VIEL GELEHRT»

FRÜHERE STIPENDIATIN IST GESCHÄFTSFÜHRERIN DES ZÖSS IN HAMBURG

Kathrin Deumelandt, Jahrgang 1973, studierte Sozialökonomie an der Universität Hamburg und war von 2006 bis 2010 Studienstipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. RosaLux sprach mit ihr über ihren heutigen Job und die Bedeutung der Förderung während des Studiums.

Du hast dein Studium abgeschlossen. Was tust du jetzt?

Deumelandt: Ich habe im vergangenen Herbst meinen Master in Sozialökonomie gemacht und direkt im Anschluss an mein Studium angefangen, als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Fachbereich Sozialökonomie der Uni Hamburg zu arbeiten. Das ist eine so genannte Qualifikationsstelle, die es mir ermöglichen soll, innerhalb von drei Jahren zu promovieren. Wie so häufig handelt es sich allerdings nur um eine 50-Prozent-Stelle. Das macht es nicht gerade einfacher. Über prekäre Arbeitsbedingungen für wissenschaftlichen Nachwuchs wurde ja in der letzten Zeit viel geschrieben und diskutiert. Ansonsten umfasst meine Arbeit, neben den üblichen Tätigkeiten als wissenschaftliche Mitarbeiterin an einer Uni, den Job als Geschäftsführerin des Zentrums für Ökonomische und Soziologische Studien (ZÖSS). Hier organisieren wir unter anderem Vorlesungsreihen zu unterschiedlichen Themenstellungen. Aktuell läuft zum Beispiel eine Reihe mit Gastvorträgen zu Fragen der Gegenwart und Zukunft des Wohlfahrtsstaates, die wir mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg und anderen KooperationspartnerInnen gemeinsam veranstalten.

Du wurdest während des Studiums vier Jahre durch die Stiftung gefördert. Was hat dir das gebracht?

Deumelandt: Die finanzielle Unterstützung war natürlich enorm wichtig. Ich habe ja erst auf dem zweiten Bildungsweg studiert, hatte vorher schon einige Jahre gearbeitet und war es gewohnt, mein eigenes Geld zu verdienen. Mit Beginn des Studiums musste ich mich ganz schön umgewöhnen. Das Stipendium hat mir dabei ungemein geholfen. Die ideelle Förderung spielte aber auch eine bedeutende Rolle, wobei ich mir nicht sicher bin, ob ich die Angebote ausreichend genutzt habe. Das ist ja manchmal auch ein bisschen schwierig, wenn man nicht gerade in Berlin wohnt ... Es gibt aber auch in Hamburg regelmäßige StipendiatInnentreffen, auf denen Arbeiten vorgestellt und diskutiert werden. Irgendwann haben wir dann den

Rosa-Luxemburg-Club an der Uni Hamburg gegründet, um für die Hamburger StipendiatInnen einen besseren organisatorischen Rahmen zu schaffen. Damit verbunden sollte auch die Möglichkeit sein, als studentische Vereinigung Uni-Räume zu nutzen. Leider wird diese Chance viel zu wenig genutzt. Mein Aufruf an alle StipendiatInnen in Hamburg: Haucht dem Club ein wenig Leben ein! Die absoluten Highlights während meiner Förderung waren die internationalen Workshops, die mich zweimal nach Polen und einmal nach Prag führten. Das waren tolle Gelegenheiten, andere StipendiatInnen kennenzulernen und sich darüber hinaus inhaltlich auszutauschen. Ich möchte mich an dieser Stelle noch mal für die professionelle Organisation dieser Reisen bedanken. Ich habe immer viel Spaß gehabt, viel gelernt und hatte trotzdem fast das Gefühl, im Urlaub zu sein. Aus dem Workshop 2008 zur Privatisierung öffentlicher Güter ist sogar eine Publikation entstanden, die einen Beitrag von mir enthält.

Bleibst du als ehemalige Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung treu?

Deumelandt: Ich bin Mitglied in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg und versuche, mich dort bei der Gestaltung des Bildungsprogramms einzubringen. Außerdem war ich beim Ehemaligentreffen Ende Mai dabei. Dort wurde auch der neu gegründete Verein «ROSAumni» für ehemalige StipendiatInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung vorgestellt. Ich denke, das ist etwas für mich.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE MORITZ BLANKE, REFERENT FÜR EHEMALIGENARBEIT IM STUDIENWERK DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG



Kathrin Deumelandt. Foto: Privat



Protest gegen die Kürzungspläne von Gouverneur Scott Walker im Kapitol von Madison, Hauptstadt des US-Bundesstaates Wisconsin. Foto: Dave Hoefler/Flickr

GABRIELE KICKUT

EIN HAUCH VON REVOLUTION

RUND 4.000 BESUCHERINNEN BEIM LEFT FORUM IN NEW YORK / BLICK NACH WISCONSIN

Im März fand das Left Forum in New York statt. Es ist die größte Konferenz ihrer Art in den USA. Jedes Frühjahr versammelt sich an der Pace University ein breites Spektrum linker Intellektueller und AkademikerInnen, AktivistInnen und Organisationen, um über eine Vielzahl von Themen zu diskutieren.

In diesem Jahr wurde das Left Forum durch die Ereignisse in Wisconsin geprägt, was sich vor allem in einem ausgesprochenen Optimismus widerspiegelte. Alles beginnt also in Wisconsin. Dem Staat im Norden der USA geht es wie vielen Bundesstaaten – er ist hoch verschuldet. Auf 3,6 Milliarden US-Dollar beläuft sich mittlerweile das Defizit. Der neue Gouverneur von Wisconsin, der Republikaner Scott Walker, machte sich daher auf die Suche nach Einsparmöglichkeiten, um den Haushalt des «Dachs-Staates» zu sanieren. Radikale Ausgabenkürzungen als Lösung aller finanziellen Sorgen sind ja auch hierzulande bekannt. Walkers Initiative zur Haushaltssanierung ging jedoch weit über das hinaus. Gewerkschaftsrechte seien die Hauptursache für die hohe Verschuldung in Wisconsin. Ein von ihm erarbeitetes Gesetz sah deshalb neben Ausgabenkürzungen auch die massive Beschneidung der Macht der Gewerkschaften vor. Konkret sollte ihnen per Gesetz das Recht genommen werden, die Arbeitsbedingungen kollektiv für alle Angestellten des Staates auszuhandeln.

Es darf bezweifelt werden, dass es dem Gouverneur mit seiner Initiative tatsächlich vorrangig ums Sparen ging. Zumal die Gewerkschaften die Bereitschaft signalisierten, auf gewisse Privilegien zu verzichten und de facto geringere Löhne zu akzeptieren. Zu Recht

wurde deshalb reklamiert, dass Gouverneur Walker schlicht und ergreifend die Zerschlagung der Macht der Gewerkschaften zum Ziel hatte. Mit einer solchen Regelung würde sich Wisconsin in eine unrühmliche Liste von US-Bundesstaaten einreihen. Denn das Recht zu Kollektivverhandlungen, eines der Grundprinzipien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), wurde den Gewerkschaften der Angestellten im öffentlichen Dienst in Virginia und Texas, in Georgia sowie North und South Carolina bereits gesetzlich genommen.

Gouverneur Walker ahnte sicher nicht, dass seine Initiative eine kleine Revolution entfachen würde. Als massiven Angriff auf die Rechte der Angestellten wahrgenommen, brachte der Gesetzentwurf zehntausende Bürgerinnen und Bürger auf die Straße und mündete in der Besetzung des Capitols in der Hauptstadt Madison. Alle 14 demokratischen SenatorInnen verließen den Bundesstaat, um unter Berufung auf die Geschäftsordnung eine Abstimmung des Gesetzes im Parlament zu verhindern. Angestellte und Arbeiter, Studentinnen und Farmer protestierten lautstark gegen Walkers Pläne und campierten tagelang im Sitz des Parlaments.

Walker hatte wohl den revolutionären Geist seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger unterschätzt. Allerdings hätte er es besser wissen müssen. Denn Wisconsin ist nicht irgendein Bundesstaat, sondern gilt als einer der Frontstaaten für progressive Reformen in den USA. Hier wurde im Jahr 1911 die US-weit erste Arbeitslosenversicherung eingeführt und im Jahr 1959 das Recht für Kollektivverhandlungen verankert. Viele dieser Innovationen waren dabei gleicher-

maßen das Werk von Demokraten wie von Republikanern. Hinzu kommt, dass Gouverneur Walker seinen Gesetzesentwurf mit aller Macht im Eilverfahren durch das Parlament brachte. Ein Verfahren, das transparenter Regierungsführung – eine weitere demokratische Tradition in Wisconsin – komplett zuwider läuft.

Erst eine Richterin konnte die Initiative des Gouverneurs vorläufig stoppen. Das geschah am Eröffnungstag des Left Forums, was die Veranstaltung nachhaltig prägte und sich in vielen Reden und Diskussionsbeiträgen wiederfand. Während alle Welt nach Fukushima in Japan oder Bengasi in Libyen schaute, blickte die US-Linke, die sich in New York versammelt hatte, gebannt nach Wisconsin. Die Ereignisse im Mittleren Westen sorgten dabei für eine optimistische Grundstimmung, die man im letzten Jahr noch vergeblich suchte. Die Geschehnisse in Japan und Libyen wurden hingegen kaum thematisiert, was zu Recht einige, vor allem europäische Gäste kritisierten. Geradezu kämpferische Reden prägten die Eröffnungs- und Schlussveranstaltungen der Konferenz. Laura Flanders, Journalistin und Gründerin von GRITtv, BBC-Redakteur Paul Mason, Theologieprofessor Cornel West sowie Autorin und Journalistin Barbara Ehrenreich gaben am ersten Abend den Ton an. Vom Kampf ums Überleben der linken Bewegung wurde da gesprochen. Paul Mason zeigte Parallelen zwischen den Ereignissen der Jahre 1848, 1917 und 1968 auf und spannte einen Bogen zu den Streiks in Europa, den Aufständen in Nordafrika und den Ereignissen in Wisconsin. Barbara Ehrenreich konstatierte, das «Nilfieber» sei im Mittleren Westen ausgebrochen. Cornel West predigte Solidarität, warnte vor Islamophobie und warf Präsident Obama Neo-Konservatismus und Neo-Imperialismus vor. Als Überraschungsgast trat schließlich noch Frances Fox Piven, ein beliebtes Ziel des rechten Verschwörungstheoretikers Glen Beck, auf. Auf dem Abschlusspodium hatte der – wie könnte es anders sein – aus Wisconsin stammende John Nichols das letzte Wort. Er stellte in seinem wahlkampf-tauglichen Auftritt ganz die Ereignisse in seinem Heimatstaat in den Mittelpunkt. Hinter dieser Rede konnten die Beiträge der internationalen Gäste, von Malalai Joya, Luciana Castellina und Carlos M. Vilas nur zurückfallen. Malalai Joya war zudem nur via Skype zugeschaltet, nachdem die USA ihr die Einreise verweigert hatten. Neben dem überragenden Thema Wisconsin stand auch die Entwicklung der US-Rechten, inklusive der Tea Party, im Fokus der Konferenz. Ihr wurde am zweiten Abend eine eigene große Diskussionsrunde gewidmet. Hierbei fiel vor allem der Beitrag von Adele Stan (AlterNet) auf, die sich anhand einer sehenswerten Verschwörungsgrafik mit den Drahtziehern der Tea Party Bewegung auseinandersetzte.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung und «Transform» waren auf dem Left Forum mit sieben Veranstaltungen vertreten. Diskutiert wurde auf den Podien der Stiftung über Machtverschiebungen in Europa, Rechtspopulismus in den USA, Belegschaftseigentum, Community Organizing und die US-Linke. Auch wurde im Rahmen der Konfe-

renz die englischsprachige Ausgabe der Briefe Rosa Luxemburgs vorgestellt, welche bei Verso Books erschienen ist. Mit oder ohne Wisconsin – festzuhalten ist, dass das Left Forum in den letzten Jahren eine recht beeindruckende Entwicklung genommen hat. Mit 300 Panels, 1.000 Rednerinnen und Rednern sowie über 4.000 TeilnehmerInnen war die Konferenz in New York noch größer und breiter aufgestellt als in den vorangegangenen Jahren. Nicht ohne Stolz verkündeten die Veranstalter diese Zahlen am letzten Abend. Was das für das Left Forum jedoch konkret bedeutet, bleibt kritisch zu hinterfragen. Häufig hatte man nämlich das Gefühl, dass vor allem auf Masse und Breitenwirkung gesetzt wurde. Einen roten Faden suchte man bei der Vielzahl an Veranstaltungen vergeblich. Man darf gespannt sein, wohin diese Entwicklung führt und welchen Stellenwert das Left Forum in den nächsten Jahren einnehmen wird.

In Wisconsin ist die Revolution unterdessen ausgeblieben. Ganz im Gegenteil, der landesweite Angriff auf Gewerkschaftsrechte geht weiter. In Ohio wurde durch den republikanischen Gouverneur John R. Kasich ein Gesetz unterzeichnet, welches sogar noch weiter reichende Einschränkungen für Gewerkschaften mit sich bringen wird. Statt hunderttausende Menschen kamen in Columbus, Ohio jedoch nur rund 20.000 DemonstrantInnen zusammen, um dagegen zu protestieren. Innerhalb der US-Linken wird von einer neuen amerikanischen Gewerkschaftsbewegung gesprochen, die mit den Ereignissen in Wisconsin begonnen hat. Nicht die ArbeiterInnen in den Fabriken, sondern die Angestellten im öffentlichen Dienst stünden im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Es geht nicht um die Höhe der Löhne oder die Länge der Arbeitszeit, sondern um politische Grundrechte. Fakt ist, dass die Gewerkschaften der öffentlichen Angestellten die letzten Bollwerke der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung sind. Seit den 1980er-Jahren sinkt die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften dramatisch. Während nur noch 11,9 Prozent der Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert ist, liegt die Quote im öffentlichen Sektor immerhin noch bei 36,8 Prozent.

In beiden Bundesstaaten, in Wisconsin und in Ohio, sammeln die Gewerkschaften nun Unterschriften für Referenden gegen die Gesetze. In Wisconsin werden Neuwahlen angestrebt, um ein halbes Dutzend republikanischer Senatoren auf der Ebene des Bundesstaats aus dem Amt zu treiben. Zudem sind drei Klagen gegen das Gesetz anhänglich, von denen eine jedoch bereits niedergeschlagen wurde. Gouverneur Scott Walker musste Mitte April dem US-Kongress zu seiner Initiative Rede und Antwort stehen. «In Wisconsin machen wir etwas wahrhaftig Progressives», teilte er dem zuständigen Ausschuss mit. Dokumentation des Left Forum 2011: <http://www.rosalux.de/news/37377>.

GABRIELE KICKUT IST REGIONALREFERENTIN FÜR DIE EU, OECD, NORDAMERIKA UND DIE UNO IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

GEMEINSCHAFTLICHE GÜTER der Menschheit standen auch im Mittelpunkt der zweitägigen Konferenz «From «Common Goods» to the «Common Good of Humanity»» Ende April im Centro Congressi Frentani in Rom. Das Brüsseler Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung hatte dazu in Kooperation mit der Organisation «Altramente-Scuola per tutti» sowie dem Netzwerk «Transform Italia» AkteurInnen aus allen Weltregionen eingeladen. In der Debatte wurden unter anderem ökologische Forderungen mit der Sicherung öffentlicher Güter und sozialer Standards verbunden. Wenige Wochen vor einem Referendum gegen die angestrebte Wasserprivatisierung in Italien diskutierten die TeilnehmerInnen auch darüber, wie der Trend zur Privatisierung umgedreht werden kann hin zur Stärkung des Öffentlichen und der Commons. Die Dokumente der Konferenz können heruntergeladen werden unter www.rosalux-europa.info/news/commons_conference/.

ANGELIKA TIMM

ZÄSUR IN OST UND WEST

SYMPOSIUM IN TEL AVIV BEFASST SICH MIT DEM EICHMANN-PROZESS VOR 50 JAHREN

Anfang April hatte das Israel-Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu einer Gesprächsrunde aus Anlass des 50. Jahrestags des Eichmannprozesses in den Tel Aviver Journalistenklub Beit Sokolov eingeladen.

Das Symposium stieß auf lebhaftes Interesse, widmete es sich doch – wie Moshe Zimmermann in seinen einleitenden Bemerkungen hervorhob – nicht primär israelischer «Nabelschau», sondern vor allem den Wirkungen des Tribunals auf beide deutsche Staaten und auf die israelisch-deutschen Beziehungen. Hanna Yablonka (Ben Gurion Universität im Negev) setzte sich im ersten Beitrag mit dem israelischen Kontext auseinander. Während der systematische Mord an den europäischen Juden in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen 1946 nur ein Randthema dargestellt habe, sei der Eichmannprozess im Jahr 1961 in Jerusalem zu einem «Nürnberg des jüdischen Volkes» geworden. Er habe den Opfern und Überlebenden eine Stimme gegeben und den Holocaust zum Bestandteil der zentralen Erinnerung werden lassen. Hajo Funke (Freie Universität Berlin) und Angelika Timm, Leiterin des Tel Aviver Stiftungsbüros, beschäftigten sich mit den gegensätzlichen Positionen der politischen Eliten beider 1949 gegründeten deutschen Staaten zum Prozess. Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR hätten sich als das «andere», das «bessere» Deutschland verstanden. Funke meinte, der Eichmannprozess in Jerusalem habe die «behäbigen» 1950er-Jahre in der BRD abrupt beendet und den Beginn der intellektuellen und politisch-kulturellen «Neugründung der Bundesrepu-

blik» markiert – eine Art Vorspiel zum Auschwitzprozess 1963 und zur Studentenrebellion 1968. Auch in der DDR – so Timm – habe das Eichmann-Tribunal eine Zäsur für den politischen Umgang, die wissenschaftliche Beschäftigung und die publizistische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Judenverfolgung gesetzt. Gleichzeitig habe die SED-Führung versucht nachzuweisen, dass die BRD der Staat der Täter, die DDR dagegen ein Land der Opfer – und somit der bessere deutsche Staat – sei. Auf der Anklagebank in Jerusalem, so der ostdeutsche Prozessbeobachter Friedrich Karl Kaul, fehle Hans Globke, Staatssekretär Konrad Adenauers, im Dritten Reich unter anderem Kommentator der Nürnberger Rassengesetze. Laut Yechiam Weitz (Universität Haifa) hat Ben Gurion die Quadratur des Kreises versucht, indem er Eichmann vor Gericht stellen, jedoch jeden Bezug auf den westdeutschen Staat unterbinden ließ. Offensichtlich habe es diesbezüglich eine Absprache zwischen Adenauer und Ben Gurion gegeben. Im Mittelpunkt der kontroversen Diskussion standen Fragen nach der generellen Bewertung – Schauprozess oder historisches Ereignis – und nach der humanistischen Langzeitwirkung des Eichmannprozesses, sei es für Israel, sei es für das vereinte Deutschland. Weitgehend einig waren sich die annähernd 150 Teilnehmenden darin, dass die Schlussfolgerungen aus der Schoah heute bedeuten, sich couragiert antidemokratischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen zu widersetzen.

ANGELIKA TIMM LEITET DAS ISRAEL-BÜRO DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG IN TEL AVIV/ISRAEL

CLAUS-DIETER KÖNIG/BENJAMIN LUIG

VIELSCHICHTIGE KRISE

KONFERENZ IN ACCRA UNTERSUCHT WIRTSCHAFTLICHE STRUKTUREN AFRIKAS

Etwa dreißig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler diskutierten in Accra über die Auswirkungen der globalen Krise auf Afrika und wirtschaftspolitische Handlungsperspektiven. Eingeladen hatte das Third World Network – Africa gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die Diskussionen waren von nüchternen Überlegungen geprägt, wie Afrika seine wirtschaftliche Marginalisierung und seinen neoliberalen Ausverkauf transformieren könnte in Wirtschaftsstrukturen, die zusätzliche, reale Wertschöpfung ermöglichen und breitere Bevölkerungsteile erreichen. Afrika ist von der Finanzkrise einerseits durch die direkte Integration des Finanzsektors und zum anderen durch die indirekte realwirtschaftliche Integration in Produktketten betroffen. So gab es infolge der Finanzkrise in den letzten Jahren viele Arbeitsplatzverluste in der Automobilproduktion in Südafrika und im Bergbausektor in Sambia. In den Vorträgen und Diskussionen wurde die politische Ökonomie in unterschiedlichen wirtschaftlichen Sektoren in den Blick genommen. Ein Kernproblem Afrikas stellen niedrige Standards im extraktiven Sektor dar: Industrielle Mächte sind durchaus von spezifischen afrikanischen

Rohstoffen abhängig, dennoch macht Afrika zu wenig aus seinem natürlichen Reichtum. Die rechtlichen und steuerlichen Bedingungen, die Regierungen der afrikanischen Zielstaaten von Investitionen stellen, sind in den letzten Dekaden deutlich gesunken. Auch die afrikanischen Industriestrukturen bilden «Enklaven». Es gelingt nicht, größere regionale Verarbeitungscluster oder Industrietrassen aufzubauen. Zugleich fehlen intersektorale Links zwischen Agrar-, Industrie- und Dienstleistungssektor. Eine Agrartransformation, die eine erhöhte Arbeits- und Bodennutzungsproduktivität erzielen könnte, und zugleich möglichst große Teile der ländlichen Bevölkerung einbindet, scheint nicht absehbar. Zugleich aber steht die Landwirtschaft massiv unter Druck, vor allem durch Klimawandel und anhaltend steigende Preise von Inputgütern.

Ausgehend von dieser vielschichtigen strukturellen Krise versuchten die TeilnehmerInnen des Seminars, möglichst konkrete Wege zu aktiven Entwicklungsstrategien aufzuzeigen. Konsens war dabei, dass Staaten einerseits «policy space» brauchen, eine gewisse Autonomie gegenüber «Gubern», andererseits radikal jede Form der Korruption bekämpfen müssen. Prominente Teilnehmer wie Martin

Khor betonten, Kern einer neuen Wirtschaftsstrategie sei es, den einseitigen Fokus auf Handelsanteile zu überwinden und von der Produktion aus zu denken. Im extraktiven Sektor etwa müssten afrikanische Staaten klare Anforderungen an eine Zusammenarbeit mit Technologielieferanten stellen, dabei enger zusammenarbeiten und schrittweise eine eigene Expertise ausbilden. Kaum ein afrikanischer Staat verfüge zudem über angemessene Entwicklungspläne im Dienstleistungssektor. Das Element zentraler Planung dürfe auf keinen Fall verteufelt werden, wie einige asiatische Erfolgsge-

schichten zeigten. Yao Graham, einer der Initiatoren des Seminars, betonte, dass längst nicht auf alle Aspekte der Krise die richtigen Antworten gefunden seien. Aber in vielen Konzepten und Ideen des Seminars sei deutlich geworden, dass nun, nach der Finanzkrise, der Anfang vom Ende des Neoliberalismus in Subsahara-Afrika begonnen habe.

CLAUS-DIETER KÖNIG LEITET DAS REGIONALBÜRO WESTAFRIKA IN DAKAR/ SENEGAL. BENJAMIN LUIG WAR FREIER MITARBEITER DER STIFTUNG UND IST HEUTE AGRARREFERENT EINER HILFSORGANISATION

VERONA WUNDERLICH

PRÄGENDE JAHRE

KUBANERINNEN BERICHTETEN AUF LESEREISE ÜBER IHRE STUDIENZEIT IN DER DDR

Von 1961 bis 1989 haben etwa 30.000 Kubanerinnen und Kubaner in der DDR gelebt, studiert und gearbeitet. Gut 20 Jahre nach dem Ende des sozialistischen Staates liegen Erinnerungen aus dieser Zeit in einer Publikation des Karl Dietz Verlages Berlin vor.

Aus Anlass der Veröffentlichung gelang es der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zwei der 14 im Buch interviewten ProtagonistInnen nach Deutschland einzuladen und dieses Kapitel der DDR-, Sozialismus- und Kuba-Geschichte in einer Lesereise in den Landesstiftungen in Berlin, Rostock, Kiel, Frankfurt (Oder) und Leipzig sowie auf der Leipziger Buchmesse vorzustellen (Wolf-Dieter Vogel, Verona Wunderlich: Abenteuer DDR. Kubanerinnen und Kubaner im deutschen Sozialismus, Berlin 2011). Gerade in Kiel war es bemerkenswert, dass das überwiegend westsozialisierte Publikum unter 30 Jahren sich diesem für sie doch eher fernen Thema der jüngeren deutschen Geschichte überhaupt nähern wollte. Und so waren einzelne Gespräche, die sich im Café Phollkomplex ergaben, ebenso bereichernd wie das Wiedersehen mit alten Freunden und Kommilitonen der beiden Kubanerinnen in Rostock oder Berlin nach vielen Jahren. Die unterschiedlichen Erfahrungen spiegelten sich auch in den Gästen aus Kuba wider und machten somit die Veranstaltungen besonders lebhaft. Lourdes Serra, die in den 1970er-Jahren an der Hochschule für Ökonomie in Berlin Kybernetik studierte, sprach von einer eher prosperierenden Zeit der DDR, in der sie die besten Jahre ihres Lebens verbracht hat.

Dagegen erlebte Teresa Sánchez, die in den 1980er-Jahren an der Kunsthochschule Weißensee in Berlin Bildhauerei studierte, um diesen Fachbereich der Bildenden Künste nach Kuba zu importieren, die kritischen Diskussionen der späten Jahre der DDR und den «Anfang vom Ende». Nur wenige Tage nach ihrer Rückkehr nach Kuba sollte die Mauer fallen. Was hat die Kubanerinnen und Kubaner bewegt, damals in die DDR zu gehen? Wie hat sich für sie das Leben in diesem «realsozialistischen Musterland» entwickelt? Wie verlief ihr Leben nach der Rückkehr? Was haben sie mitgenommen aus der DDR? Diese Fragen wurden in den Veranstaltungen gestellt und thematisiert. Und somit ein Teil deutscher Geschichte mit den Augen von BewohnerInnen einer sozialistischen Karibikinsel betrachtet. So unterschiedliche Phasen sie in der Entwicklung der DDR erlebt haben, so verschieden ist auch ihre Sichtweise auf die Entwicklungen in ihrem eigenen Land, die ebenfalls in den Begegnungen thematisiert wurde. Gemeinsam sind ihnen das Leben prä-

gende, intensive Jahre in der DDR und Freundschaften aus der Zeit, die sie bis heute begleiten. Überrascht hat die beiden, dass viele Besucher der Veranstaltungen ein festes, eher idealisiertes Bild von Kuba haben und eine vorurteilsfreie Sicht sowohl auf die DDR als auch auf Kuba scheinbar eher der jüngeren Generation vorbehalten ist. Warum es denn so weit weg von Kuba in Deutschland offensichtlich so schwer sei eine offene, kritische, differenzierte Diskussion über Kuba zu führen, blieb den kubanischen Gästen schwer verständlich. Diese zu führen wurde als Herausforderung der Stiftung mit auf den Weg gegeben.

VERONA WUNDERLICH IST PROJEKTMANAGERIN FÜR SÜD- UND MITTELAMERIKA IN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Die Kubanerin Lourdes Serra mit einem Foto aus Studienzeiten in Berlin





Stiftungs-Vorstandsvorsitzender Vietze, Kulturforums-Leiter Flierl und Berlins Landeskonservator Jörg Haspel bei der Wiedereröffnung des Max-Lingner-Hauses

WOLFGANG BEY

HEIMSTÄTTE FÜR KULTUR

LINGNER-HAUS IN BERLIN NACH DENKMALGERECHTER SANIERUNG WIEDERERÖFFNET

Menschen, Bücher und selbst Häuser haben ihre Schicksale. Letzteres wurde erst kürzlich bei der Wiedereröffnung des Max-Lingner-Hauses unterstrichen.

Max Lingner ist der Künstler, dessen Wandbild zum «Sieg des Sozialismus» noch heute am Gebäude des Bundesfinanzministeriums in der Leipziger Straße in Berlin restauriert und denkmalgeschützt zu sehen ist. Das Kulturforum der Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Max-Lingner-Stiftung haben ein kleines Faltblatt in Vorbereitung, das die Geschichte des Wandbildes aufzeigen wird. Warum ist aber ein solches Werk von Max Lingner an einem öffentlichen Gebäude der Bundesrepublik Deutschland so erwähnenswert? Die Antwort ist einfach, aber dennoch überraschend: Die Regierung der Bundesrepublik in Gestalt ihres Finanzministers hat die Größe, die Arbeit eines sozialistischen Künstlers zu erhalten. Das verdient Respekt. Bei dieser «regierungsamtlichen» Haltung verwundert es letztlich auch nicht, wenn aus öffentlichen Geldern durch die schwarz-gelbe Bundesregierung Mittel für die ökologische und denkmalgerechte Sanierung des Max-Lingner-Hauses zur Verfügung gestellt werden. Die Sanierung des Hauses wurde von Februar bis November 2010 mit Geldern aus dem Konjunkturpaket II – Teilprogramm: «Sanierung und energetische Verbesserung in Bundesliegenschaften und Liegenschaften von Zuwendungsträgern» durchgeführt. Die Aufgabenstellung lautete: «Es ist beabsichtigt, das Gebäude energetisch so zu sanieren, dass auf Dauer die Betriebskosten auf ein Minimum gesenkt werden. Dabei sollen erneuerbare Energien zur Anwendung kommen. Neben der Nutzung des Hauses (Förderung und Unterstützung kunstwissenschaftlicher Forschung und Publikationen;

als Bildungsstätte) soll es als ein Referenzobjekt für umweltschonende Sanierung von Altbauten mit Denkmalschutz dienen und als Ort für Konsultationen auf dem Gebiet der Energieeffizienz zur Verfügung stehen.»

Um dem besonderen denkmalschutzrechtlichen Stellenwert des Gebäudes gerecht zu werden, wurde mit der Sanierung ein Referenzprojekt für umweltschonende Sanierung von Altbauten und insbesondere von Gebäuden der «Erich-Weinert-Siedlung» geschaffen, die aus den 50er-Jahren des 20. Jahrhunderts stammen. Heute ist die gesamte Erich-Weinert-Siedlung, in der das Max-Lingner-Haus gelegen und als Einzeldenkmal gelistet ist, denkmalgeschützt. Details lassen sich nachlesen in «Denkmal-Liste des Landes Berlin: Erich-Weinert-Siedlung mit Gärten und Gedenkmauer für Erich Weinert (Wohnanlage, Gärten, Gedenkmauer für Erich Weinert)». Die Wahl der Materialien und Einbautechniken der energetischen Sanierung der thermischen Gebäudehülle wurde eng mit dem Landesdenkmalamt abgestimmt und entspricht den Anforderungen des Denkmalcharakters. Deshalb wurden mit den Sanierungen zudem bauliche Eingriffe und Einbauten der letzten 20 Jahre zurückgebaut. Das denkmalgeschützte Wohn- und Atelierhaus des Malers und Grafikers Max Lingner (1888 bis 1959) in Berlin-Niederschönhausen ist der Sitz der Max-Lingner-Stiftung, einer unselbstständigen Stiftung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung. In diesem Haus wirkt das Kulturforum der Stiftung, ebenso die Hermann-Henselmann-Stiftung, eine weitere unselbstständige Stiftung. Mit der Sanierung des Lingner-Hauses trat die linke Bildungsinstitution erstmals erfolgreich als Bauherr auf. Dank der guten Zusammen-

arbeit mit dem Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, der engagierten Unterstützung durch das Landesdenkmalamt Berlin und die Untere Denkmalschutzbehörde im Berliner Bezirk Pankow konnte das in den frühen 1950er-Jahren errichtete Wohn- und Atelierhaus des Architekten Hanns Hopp denkmalgerecht und zugleich energetisch beispielgebend saniert werden. Für die geleistete Arbeit bei der Sanierung ist einer Reihe von Beteiligten zu danken: den Stellen, die die Mittel für die Sanierung bewilligt haben, den Planern und Projektsteuerern, den bauausführenden Gewerken und auch der ordnenden Hand für das Projekt, der Projektsteuerin in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Rosel Mittelstädt.

Als der Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung den Bericht zum Abschluss der Sanierung des Max-Lingner-Hauses entgegennahm, konnte er zur Kenntnis nehmen: Nach der Bilanz der Projektsteuerin der Stiftung ist die bewilligte Bausumme um 1,2 Prozent überschritten worden. Das ist ein ungewöhnliches und zugleich bemerkenswertes Ergebnis für denkmalgeschütztes Bauen im Be-

stand. Wer sich in der Baumaterie bewegt, wer sich mit Bauten der öffentlichen Hand beschäftigt, kann ermessen, was hier in Bezug auf die Finanzdimension erreicht wurde. Die Gesamtkosten betragen rund 371.000 Euro, davon 291.000 Euro Baumittel und knapp 80.000 Euro Planungsmittel.

Zur Wiedereröffnung am 1. April 2011 waren viele Gäste erschienen. Redebeiträge gab es von Heinz Vietze, Vorsitzender des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung, und Jörg Haspel, Leiter des Landesdenkmalamts Berlin. Zudem sprachen Hans Gerhard Hannelsen, Präsidialsekretär der Akademie der Künste, der Architekt Alexander Pechmann sowie Thomas Flierl, Leiter des Kulturforums der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Möge das Max-Lingner-Haus gut genutzt werden, möge es helfen, eine gute Heimstätte für die Projekte der dort ansässigen Stiftungen sowie des Kulturforums der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu sein.

WOLFGANG BEY IST MITARBEITER IM BÜRO DER GESCHÄFTSFÜHRUNG UND WAR BEAUFTRAGTER FÜR DAS KULTURFORUM DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

HENNING HEINE

EXPRESSIONISTISCH ERINNERT

STIFTUNG ERWIRBT DREI AQUARELLE MIT MOTIVEN ZU LUXEMBURG UND LIEBKNECHT

Drei Werke des Spätexpressionismus zu Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind von der Rosa-Luxemburg-Stiftung erworben worden. Es handelt sich um Aquarelle des Malers und Grafikers Ewald Christian Tergreve aus dem Jahr 1953. Die Stiftung kaufte die Bilder aus Mitteln ihres Trägervereins an.

Der Erwerb geht auf eine Initiative des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, zurück, der auch Mitglied des Stiftungsvereins ist. «Wir müssen Ereignisse, die zur deutschen Geschichte gehören, wachhalten für die nächsten Generationen», sagte er bei der Übergabe der Bilder in der «Galerie am Rathaus» in Berlin-Schöneberg. Die Werke zeigen den Leichenzug für Rosa Luxemburg im Jahr 1919 sowie Karl Liebknecht als Redner auf Demonstrationen während der Novemberrevolution 1918 in Berlin. Gysi bemängelte die politische Kultur in Deutschland, wo es eine Ehrung herausragender Persönlichkeiten über politische Lagergrenzen hinweg so gut wie nicht gebe. Die Konservativen würdigten nicht das Leben und Werk zum Beispiel von Clara Zetkin, Linke würden sich kaum jemals für die Benennung einer Straße nach Bismarck aussprechen. Ganz anders beispielsweise in Frankreich – dort verneigten sich Staat, Politik und BürgerInnen vor Jeanne d'Arc und Napoleon gleichermaßen. «Wir brauchen im Umgang mit der Geschichte eine andere Haltung», sagte Gysi.

Vorstandsvorsitzender Heinz Vietze unterstrich den geschichts- und kulturpolitischen Bildungsauftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung. «Dazu gehört die Bewahrung bildender Kunst, die sich mit unserer Namenspatronin und ihrem engen politischen Weggefährten Karl Liebknecht beschäftigt.» Die Galeristin Renita Schnorr zeichnete in ihrer Begrüßungsrede das Leben des Malers und Grafikers Ewald Christian Tergreve nach. Geboren im Jahr 1910 als Hans Helmut Scholz, verbrachte er seine Kindheit und Jugend in Berlin. Er war Schüler von Georg Fuger und Karl Hofer und wirkte zunächst künstlerisch im Osten der Stadt. Er geriet in Konflikt mit den Nazis und wurde unter anderem zur Arbeit in der Kriegsproduktion zwangs-

verpflichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg ging er nach Lauterbach in Hessen. Neben Aquarellen, Zeichnungen sowie Holz- und Linolschnitten schuf Tergreve Fresken und Wandmalereien in öffentlichen Gebäuden (Kunst am Bau). Eine Zeit lang war er in den 1950er Jahren zudem in Paris tätig und nahm dort sowie in Rom an Ausstellungen teil. Tergreve starb 1971, sein künstlerischer Nachlass wurde nach dem Tod seiner zweiten Ehefrau 1983 erschlossen.

Die SozialistInnen und AntimilitaristInnen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, beide geboren im Jahr 1871, gehörten zu den wichtigsten Köpfen der Novemberrevolution 1918 und waren MitbegründerInnen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Sie wurden am 15. Januar 1919 von Reichwehrsoldaten in Berlin ermordet. Mehr Informationen zum Leben und Werk von Ewald Christian Tergreve finden sich auf der Homepage der «Galerie am Rathaus»: www.kunstgalerie-berlin.eu.

HENNING HEINE IST PRESSESPRECHER DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

Stiftungsmitglied Gregor Gysi bei der Übergabe der Bilder in Berlin



NEUERSCHEINUNGEN DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG

**MANUSKRIPTE 90**

Klaus-Detlef Haas, Dieter Wolf (Hrsg.)

SOZIALISTISCHE FILMKUNST. EINE DOKUMENTATION320 S., BROSCHUR, 9,90 EURO, ISBN 978-3-320-02257-0,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Die vorliegende Schrift soll Filmfreunde mit der Reihe «Kino der Wünsche – Weltkino in einer Filmreihe zu Gast bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung» vertraut machen, die bereits auf sechs erfolgreiche Jahre zurückblicken kann.

Nach wie vor sind viele großartige Werke der DEFA, aber auch der sowjetischen Filmkunst, der öffentlichen Wahrnehmung und Würdigung weitgehend entzogen. Nicht kulturell-geistige, sondern marktwirtschaftliche Orientierung bestimmt die Praxis der Verleiher und Lichtspieltheater, selbst die der wenigen Repertoire-Kinos und ihre Präsentation stilprägender Arbeiten aus der Filmgeschichte.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung fügt mit dieser Kino-Reihe ihrem Bildungsauftrag eine wichtige Facette hinzu und beseitigt damit ein bedenkliches Defizit öffentlicher Wahrnehmung und erlaubt so einem interessierten Publikum das eigene Urteil.

Die Broschüre gibt einen Überblick über die bisher gezeigten Filme und liefert damit zugleich ein interessantes Nachschlagewerk über die beteiligten Filmschaffenden und Schauspieler, auch mit wichtigen Auskünften über die zeitgenössische Wertung und Kritik.

TEXTE 68

Robert Claus, Esther Lehnert, Yves Müller (Hrsg.)

«WAS EIN RECHTER MANN IST...»

MÄNNLICHKEITEN IM RECHTSEXTREMISMUS

256 S., BROSCHUR, 14,90 EURO, ISBN 978-3-320-02241-9,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Der Band beschäftigt sich mit rechtsextremen Männern, mit ihren Selbstbildern, mit ihrer Gewaltfixiertheit. Die männliche Dominanz im Rechtsextremismus wird selten reflektiert.

Die Autorinnen und Autoren füllen diese Leerstelle und beleuchten die Verknüpfung von Rechtsextremismus und Männlichkeit.

Um die Konstruktion sowie den Stellenwert von Männlichkeit im bundesdeutschen Rechtsextremismus transdisziplinär zu analysieren, werden Ansätze aus der feministischen Rechtsextremismusforschung und der kritischen Männlichkeitsforschung gebündelt.

TEXTE 69

Lydia Hermann

IN DER VERBANNUNGKINDHEIT UND JUGEND EINER WOLGADEUTSCHEN
240 S., BROSCHUR, 14,90 EURO, ISBN 978-3-320-02253-2,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Lydia Hermann, die heute in Berlin lebt, wurde 1929 im wolgadeutschen Dorf Mariental geboren. Sie erinnert sich an den gelbweißen Sand, den die Bewohner vom Fluss holten und auf die Wege streuten, an ihren roten Schlitten und an die Zicklein, mit denen sie im Winter in der Stube spielte.

Die Deportation 1941 setzte ihrer Kindheit ein Ende. Bis auf eine Kiste mit einigen Habseligkeiten wurde das Eigentum der Familie konfisziert. Auf Fuhrwerken ging es zur Bahnstation, in überfüllten Viehwaggons bis ins Altaigebiet. Dort teilte Lydia Hermann das Schicksal vieler Kinder. Ihr Vater wurde unschuldig verhaftet. Nach Monaten brach auch er unter der Folter zusammen und wurde hingerichtet.

Lydia Hermann traf 1952 in dem Russen Georgi Jewtuchow ihre große Liebe. Auch für seine Mutter war sie eine Faschistin. Empört über die Ungleichbehandlung der Deutschen, schrieb Georgi Jewtuchow 1955 einen Brief an Chruschtschow. Der Brief wurde abgefangen, der Absender im städtischen Parteikomitee verwarnt. Fast vierzig Jahre später reisten Lydia und Georgi nach Deutschland aus.

TEXTE 70

Jürgen Leibiger

ZUKUNFT EIGENTUM

WEM GEHÖRT DIE REPUBLIK?

80 S., BROSCHUR, 14,90 EURO, ISBN 978-3-320-02256-3,
KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Als 1989 der osteuropäische Staatssozialismus implodierte, stand als Erstes die Eigentumsfrage. Das Staatseigentum wurde zwar nicht vollständig, aber weitgehend zerschlagen, zumeist privatisiert. Nur ein Teil landete bei den verschiedenen Gebietskörperschaften, ein anderer Teil wurde liquidiert.

Die in den führenden kapitalistischen Ländern schon Ende der 1970er-Jahre in Gang gesetzte Privatisierung öffentlichen Eigentums erhielt einen gewaltigen Schub.

Heute haben Fragen auf den Alltag Einfluss, über die sich vor dreißig Jahren weder in Ost noch in West jemand Gedanken machen musste: Kommt der Strom von einem privaten oder einem kommunalen Anbieter? Soll der Kindergarten städtisch bleiben oder soll er privatisiert werden? Was bedeutet das für die Gebühren und die Bildungs- und Erziehungsinhalte? Sollen profitorientierte Unternehmer über die Wohnungsmiete entscheiden oder haben Kommunalpolitiker ein Wort mitzureden? Sollen Leistungen der Daseinsvorsorge, z.B. des Gesundheitswesens, öffentlich oder privat erbracht werden?

Auch die wissenschaftlich-technische Entwicklung erfordert regelmäßig aufs Neue eigentumspolitische Entscheidungen: Wem gehören wissenschaftliche Entdeckungen, der Meeresboden, die Arktis, das Erbgut von Pflanzen und Tieren, die Rundfunkfrequenzen? Wem sollten sie gehören?

In dieser Schrift wird ausgelotet, warum, in welcher Richtung und wie Eigentumsverhältnisse politisch gestaltet und beeinflusst werden könnten.

LUXEMBURG – GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS

Hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

HEFT 2/2011: «RÜCKKEHR DER KÄMPFE»

JUNI 2011, 10 EURO (JAHRES-ABO 30, ERMÄSSIGT 20 EURO),

ISBN 978-3-89965-853-8, VSA-VERLAG HAMBURG

Die Krise und die ihr folgende Sparpolitik haben in vielen Ländern zu Aufruhr, Protesten und Widerstand geführt. Die politischen Verhältnisse werden neu geordnet, Aufbrüche werden möglich. Ist in Deutschland alles ruhig?

Und: Was bedeutet die Erfahrung von Protest und Resignation für die Linke und eine transformative Politik? Wo haben sich neue Bündnisse und Handlungsspielräume ergeben, wo sind sie gescheitert? ■■■ Mit Beiträgen von Erik O. Wright & João A. Peschanski, Firoze Manji Au Loong Yu, Steffi Richter, Karl-Heinz Roth, Irene Dölling, Frigga Haug, Oskar Negt, Élisabeth Weissman, Alex Demirović, Ueli Maeder, Oliver Bukowski, Mario Candeias, Gisela Notz u.a.

AUS DEM KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Gerhard Engel

JOHANN KNIEF – EIN UNVOLLendetES LEBEN

REIHE GESCHICHTE DES KOMMUNISMUS UND
LINKSSOZIALISMUS, BAND XV

464 S., 25 ABB., HARDCOVER, 29,90 EURO, ISBN 978-3-320-02249-5,

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Die Zustimmung der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 markierte den Ausgangspunkt für den Zerfall der Partei in drei Teile: in die Kriegsbefürworter, denen es gelang, die Mehrheit der Mitglieder hinter sich zu bringen; in die Kriegszielkritiker, die sich zu Ostern 1917 als Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) zu einer eigenen politischen Gruppierung zusammenfanden – und in die radikale Linke, die den Krieg prinzipiell ablehnte und in der Novemberrevolution 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) bildete. Heute ist weitgehend vergessen, dass die KPD sich nicht nur aus der Spartakusgruppe um Rosa Luxemburg, Franz

Mehring und Karl Liebknecht speiste, sondern daneben eine zweite Quellpartei existierte: die «Internationalen Kommunisten Deutschlands».

Ebenso vergessen ist der Motor dieser Quellpartei: Johann Knief (1880–1919), Kopf der Bremer Linksradikalen, ein selbständig denkender und handelnder Mann, Lehrer, Redakteur und Musikrezensent. Knief kämpfte seit Kriegsbeginn nicht nur gegen die SPD-Führung, sondern auch gegen die gemäßigten Linken. Er war der Erste, der – schon ab 1915 – die Bildung einer linksradikalen Partei vorantrieb. Im April 1919 verstarb er, neununddreißigjährig, an einer verschleppten Blinddarmentzündung. Als seine Frau 1926 seine Urne aus dem Büro der Bremer KPD holte, hatten die Genossen ihren Genossen längst vergessen.

Stefan Schmalz, Matthias Ebenau

AUF DEM SPRUNG – BRASILIEN, INDIEN, CHINA. ZUR GESELLSCHAFTLICHEN TRANSFORMATION IN DER KRISE

Reihe einundzwanzig, Band 4, Hrsg. Mario Candeias

208 S., BROSCHUR, 19,90 EURO, ISBN 978-3-320-02255-6,

KARL DIETZ VERLAG BERLIN

Die «große Krise» 2008 ff. hat eine Veränderung verdeutlicht, die schon seit langem wirksam war: eine globale politische und ökonomische Machtverschiebung. Brasilien, Indien und China haben sich als neue kapitalistische Wachstumsmotoren etabliert und die Krise wesentlich schneller überwunden als der Rest der Welt, nicht zuletzt weil sie alle über schärfere Finanzmarkt- und Bankenregulierungen verfügen.

Auch eine stärkere Orientierung auf Binnennachfrage und soziale Entwicklung spielt eine wesentliche Rolle, ohne dass sich aber die scharfen gesellschaftlichen Gegensätze auflösen würden. Alle drei Länder verzeichnen nach dem Einbruch der Wirtschaft wieder ein Rekordwachstum. Stefan Schmalz und Matthias Ebenau zeichnen die politische und ökonomische Entwicklung Brasiliens, Indiens und Chinas seit den 1940er-Jahren nach und beleuchten die Zeit neoliberaler Reformen. Zentral jedoch ist die Analyse der Auswirkungen der Krise sowie der Strategien der Krisenbearbeitung der betreffenden Regierungen. Die Autoren identifizieren Errungenschaften wie Widersprüche und ziehen Schlussfolgerungen für eine sich herausbildende neue Weltordnung.

IMPRESSUM

ROSALUX — Das Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Erscheint vierteljährlich. **Herausgeberin:** Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e.V. · Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin · Telefon 030 44310-130, Fax -122, heine@rosalux.de · www.rosalux.de · **Redaktion:** H. Adler, M. Blanke, L. Brangsch, F. Burschel, E. Heil, H. Heine (V.i.S.d.P.), R. Hering, A. Krumrey, S. Kühne, S. Nuss, P. Ostholt, D. Riethmüller, M. Schütrumpf, P. Stary, V. Wunderlich · **Redaktionsschluss:** 1.7.2011 · **Titelfoto:** Graffissimo/iStockphoto, Frank Peters/Fotolia [M] · **Nicht gekennzeichnete Fotos:** Rosa-Luxemburg-Stiftung · **Layout:** umbra-dor – visuelle kommunikation · **Satz und Druck:** MediaService GmbH Druck und Kommunikation · **Auflage:** 5.000 Stück auf 100 g Soporset, hergestellt aus 100% chlorfrei gebleichtem Zellstoff · **Bestellungen:** Karin Malingrioux, Telefon 030 44310-123, Fax -122, malingrioux@rosalux.de · **Printed in Germany, Juli 2011 · ISSN 1864-6794**

«Konsumbedürfnisse und Lebensweisen entstehen nicht nur, weil es Konzerne gibt, die damit Profit machen. Auch mit vergesellschafteten Energienetzen und mehr dezentraler Produktion wird der Ressourcen hunger nicht einfach sinken. Wollen wir den «Green New Deal» weiterführen in Richtung eines sozial-ökologischen Umbaus - einer Gesellschaft mit nicht nur ökologisch angepassterer Technik, sondern mit mehr sozialer Gleichheit und mehr emanzipativer Freiheit - müssen wir tiefer bohren.»

ULRICH SCHACHTSCHNEIDER